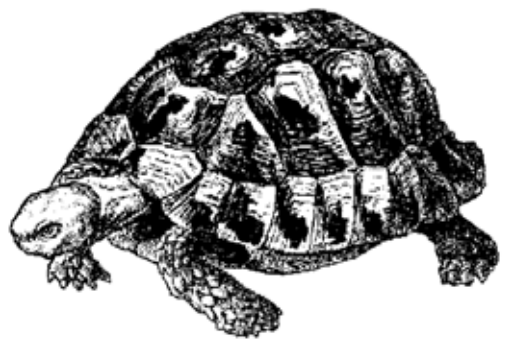
express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Nr. 1/2025, 63. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Gefahr aus der Mitte

Ein Ausblick auf die Bundestagswahl am 23. Februar – von der AG Wahlbeobachtung

Die nach einigem Hin und Her für den 23. Februar 2025 angesetzten vorgezogenen Neuwahlen kommen vor allem den seit Monaten in den Umfragen vorn liegenden Unionsparteien gelegen. Erfreut ist auch die AfD, die unbeschadet der gegen sie gerichteten Mobilisierungen zu Beginn des Jahres 2024 den zweiten Umfrageplatz zu festigen scheint. Die Wahlwerbung von Musk nimmt sie gerne mit. Das BSW kann angesichts erster Erosionstendenzen in den eigenen Reihen hoffen, noch rechtzeitig vor einem Ende des Hypes um ihre Kanzlerkandidatin den ersehnten Einzug in den Bundestag zu schaffen. Das Bündnis verbindet unlautere Friedensappelle mit Nationalismus und reaktionärer Gesellschaftspolitik. Wer über »sichere Drittstaaten« in die Bundesrepublik kommt – und das sind faktisch alle Flüchtenden – soll kein Recht mehr auf Aufenthalt und Asylverfahren haben. Der Block für Abschiebung und Abschottung würde so zusätzlich gestärkt. SPD und Grüne kämpfen bis dato deutlich abgeschlagen darum, wer Juniorpartner in einer sich abzeichnenden Merz-Regierung wird, während die FDP zittern muss, ob Lindners irrlichternder Crash-Kurs nicht als Kamikaze-Aktion mit dem Absturz endet.

Die Linke vor einer Schicksalswahl

Am problematischsten ist das Vorziehen der Wahl für die sich nach der Abspaltung des BSW mühsam neu sortierende Partei Die Linke. Für sie kommt die Wahl definitiv zu früh. Der neuen Parteispitze fehlt die Zeit, die nach den deutlichen Wahlniederlagen in den letzten Wahlen aufgescheuchte Partei zu konsolidieren. Dass sie die Fünf-Prozent-Hürde schafft, ist nach den letzten Umfragen von Anfang Januar nicht sehr wahrscheinlich. Naheliegender Weise setzt sie deshalb darauf, über den Gewinn dreier Direktmandate zumindest als Gruppe weiter im Parlament präsent zu bleiben. Ob dies eine realistische Option ist, wird die Schlussphase des Wahlkampfs zeigen. Alle hierfür avisierten Wahlkreise liegen in Ostdeutschland. Hier haben sich die Chancen für Direktmandate in den letzten Jahren strukturell verschlechtert. Wichtige Teile des alten Wähler:innen-Milieus standen bereits vor der Spaltung Wagenknechts regressivem Kurs näher als dem Rest der Partei und sind aktuell für die Linke verloren. Taktische Wahlkreisstimmen von SPD oder Grünen sind auch wenig zu erwarten, hoffen doch beide Parteien auf zusätzliche Mandate, sollte Die Linke scheitern.

Leider gibt die Linkspartei häufig noch ein Bild der Zerrissenheit ab. Häufig erscheint sie eher als Abbild einer in die Jahre gekommenen Linken denn als Hoffnungsträgerin für einen links-ökologischen Aufbruch.

Dabei könnte die Linke die Repräsentationslücke nutzen, die sich aus der Rechtsverschiebung der SPD und vor allem der Grünen ergibt. Um weiter parlamentarisch vertreten zu sein, bräuchte sie vielleicht 1,5 bis zwei Prozentpunkte zusätzlich. Zielgruppe wären jüngere urbane Wähler:innen, die von Grünen und SPD enttäuscht wurden oder bisher nicht-rechte Kleinstparteien oder gar nicht wählten, und für die Die Linke gerade wegen Wagenknecht bislang nicht wählbar war. Dass hier etwas zu bewegen ist, zeigen zahlreiche neue Mitglieder, die bewusst nach der Abspaltung des BSW eintraten.

Der fast ungebremste Opportunismus der Grünen in der Migrations- und Fluchtfrage sowie das penetrante Werben um eine Koalition mit Merz könnten Linksgrüne und Linksliberale zu Wähler:innen der Linkspartei machen, wenn sie denn offensiv angesprochen würden. So ein Wahlkampf- und Politikschwerpunkt scheint aber in der Linkspartei umstritten zu sein und wird im Nachhall der Wagenknecht-Kontroverse vor allem von einigen sich als gewerkschaftsnah verstehenden Kadern als zu »woke«, zu akademisch und zu großstädtisch wahrgenommen. Diese Kritik unterschätzt, wie politisch ausdifferenziert die viel beschworenen Lohnarbeiter:innen sind. Demokratische, menschenrechtlich und ökologisch ausgerichtete Politikvorschläge sind hier nicht chancenlos und stehen nicht in Konkurrenz zu einer aktiven Sozialpolitik, zu »tax the rich« und Mieter:innenschutz.

Ein Bundestag ohne Die Linke wäre ein Rückschritt, da sich der politische Diskursraum für Linke weiter verkleinern würde. Zugleich würde auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) einen weiteren Schritt in Richtung Abwicklung gehen. Zwar bliebe ihr noch eine Schonfrist, aber die staatlichen Mittel würden weiter beschnitten. Ein Blick auf die Veröffentlichungen und Veranstaltungen der RLS der letzten Jahre zeigt, was perspektivisch an politischer Aufklärung verloren gehen würde und kaum durch andere Organisationen aufgefangen werden könnte. Zumindest scheint die nächste bundesweite Streikkonferenz gesichert, die Anfang Mai in Berlin stattfinden wird und zum Kristallisationspunkt der jüngeren aktivistischen Betriebs- und Gewerkschaftslinken geworden ist. Die Voranmeldungen deuten auf eine neue Rekordbeteiligung hin. Der Bedarf für organisierten linken Diskurs ist da.

Zeitenwendewahl?

Als Olaf Scholz 2022 in seiner Regierungserklärung den russischen Angriff auf die Ukraine als »Zeitenwende« bezeichnete, wollte er ausdrücken, dass eine ganze politische Epoche, zumindest der deutschen Außenpolitik, beendet worden sei. Seitdem werden ständig weitere »Zeitenwenden«, vor allem in der Migrations-, Sicherheits- und Sozialpolitik – beschworen.

Wie sieht es nun vor der Bundestagswahl aus? Einerseits wird mit einer Kanzlerschaft von Friedrich Merz die Ära Merkel in der Union endgültig zu Grabe getragen. Die CDU ist unter Merz deutlich nach rechts gerückt. Zugespitzt lautet das Programm in Anlehnung an frühere Slogans: »Die Reichen müssen noch reicher werden«, »Weniger Demokratie wagen«, »Law and Order«. Andererseits gibt es mit den Ministerpräsidenten von NRW und Schleswig-Holstein auch noch Unionspolitiker, die wissen, dass sie auch nach der ökoliberalen Mitte hin anschlussfähig bleiben müssen. Dies gilt zumindest solange, wie die AfD auf Landes- und Bundesebene nicht koalitionstauglich ist. Noch sind italienische Verhältnisse aktuell in Deutschland nicht vorstellbar, im Europaparlament und in der EU-Kommission ist die Rechtsoffenheit der Christdemokratie aber schon weit gediehen, und die Entwicklung in Österreich zeigt, wohin die Reise gehen kann. Auch ohne aktuelle Chance auf Regierungsbeteiligung kann sich die AfD zuschreiben, den politischen Diskurs in der Sicherheits- und Migrationspolitik weiter nach rechts verschoben zu haben.

Sollte der Wahlkampf nach der Amtseinführung von Trump nicht noch eine überraschende Wende nehmen – das ist aktuell die große Unbekannte – spricht Vieles für eine Koalition der Union mit einer SPD, in der nach einer Wahlniederlage Scholz bald von Pistorius abgelöst werden könnte. Das sozialdemokratische Profil wäre dabei noch schmaler und enger definiert als in früheren »Großen Koalitionen« und in der Ampel. Die Bereitschaft der SPD, an einem schärferen Sanktionsregime beim Bürgergeld mitzuwirken, lässt für Erwerbslose nichts Gutes erwarten. Es bliebe allein die schwache Hoffnung, dass eine SPD-Beteiligung Eingriffe in das Arbeits- und Rentenrecht abmildern würde.

WER...
überlebt in Südafrikas Minen? 10

DIE ...
I.G. Farben, Teil II 13

WAHL ...
zwischen Zeit und Geld? 12

HAT
..., hat die Qual 1, 6

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Thorsten Donnermeier, Lars Hirsekorn, Tobi Rosswog: »Weihnachts- oder blaues Wunder?« – Einschätzung und Schlussfolgerung zum VW-Tarifergebnis 3

Klaus Lang: »Gute Zeichen, schlechte Zeichen« – Das Tarifergebnis bei VW, der Wahlkampf und die Parteiprogramme 4

BETRIEBSSPIEGEL

Gaston Kirsche: »Bausatz für Kündigungen« – Union Busting im bayrischen Einzelhandel 5

Lea Dahms: »Lohn geklaut, Vertrauen gebrochen, jetzt reicht's!« – Studentische Beschäftigte fordern Tarifbindung 8

Wolfgang Hien: »Chemische Industrie im deutschen Faschismus und I.G. Auschwitz« – eine Erinnerung, Teil II 13

ARBEITSRECHTE IU PREKÄREN LEBENSLAGEN (TEIL II)

Nikolai Huke: »Tu schön artig das, was ich von dir verlange – oder du musst zurück in dein Herkunftsland « – Gespräch mit Christoph Cramer, cuba Münster 9

POLITIK UND DEBATTE

AG Wahlbeobachtung: »Gefahr aus der Mitte« – Ein Ausblick auf die Bundestagswahl am 23. Februar 1

Joke Frerichs: »Gegen die ›Halbierung‹ der Demokratie« – Zu einem Missverhältnis 2

Renate Hürtgen: »Warum wählen welche Arbeiter:innen eine rechtsextreme Perspektive?« – Vor den ›Gegenstrategien‹ kommt die Analyse 6

Initiative demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA): »Zeit ist Geld?« – Leichte Lösungen für schwere Probleme 12

Slave Cubela: » Wir müssen über die Katastrophe reden!« – Eine Überlegung zum globalisierten Rechtsautoritarismus 15

INTERNATIONALES

Forum Arbeitswelten: »Ausgesteuert« – Robocar-Unternehmen Jiyue stellt Produktion ein, tausende Beschäftigte kämpfen erfolgreich um ihre Rechte 8

Simone Knapp: »Es ist nicht alles Gold…« – Überlebenskünstler und Tote in Südafrikas Minen 10

NACHRUF

Günter Pabst und Manfred Wittmeier erinnern an Egon Becker 16

Antipasti 8
Dringliches 3, 11

Zur Bildstrecke dieser Ausgabe

Erst sollten hier die Zeichnungen aus »Meute«, einer anspielungs- und assoziationsreichen wunderbaren Werwolfgeschichte von Noëlle Kröger stehen. Dann kam alles anders. So sind wir statt in den Laborsälen eines französischen »Instituts für zeitgenössische Wissenschaften«, in denen eine Nachwuchs-Naturwissenschaftlerin für die Beforschung und Pflege des anziehend-abstoßenden Monsters zuständig ist, dann doch in den USA gelandet. Geblieben ist: die Auseinandersetzung mit der Frage, was die »Selbstidentifizierung von Minderheiten mit dem Monströsen« (Kröger) ebenso wie dessen Marginalisierung antreibt. Was führt zur Konstruktion von »Wir« und »den Anderen«?

Das konnte und kann man im gesellschaftsexperimentellen Großlabor USA studieren. Erst wollte der Liebste, der grundsätzlich nicht in Länder mit Diktatur (auch keine präsidialen), bewaffneten Vorgartenverteidigern und privaten E-Panzern aus der Tesla-Schmiede reist, gar nicht hin. Dann wurde er mit Verweis auf die Novemberwahlen genötigt mitzukommen, solange es noch geht. Kurz sah es mit Kamala so aus, als ob es so weit dann doch nicht käme, und dann kam doch alles so wie befürchtet. Bilder einer Reise zu den Meistern des Monströsen im alltäglichen Vorwahlkampf. Einfach MAGA! *KH*

Und die Gewerkschaften?

Die DGB-Gewerkschaften halten sich bei der kommenden Wahl mit konkreten Wahlempfehlungen zurück. Das Motto »ver.di wählt sozial und demokratisch«, mit dem ver.di seinen Webauftritt zur Bundestagswahl übertitelt, lässt aber erkennen, wo das Herz schlägt. Die ver.di-Forderungen nach 15 Euro Mindestlohn, einem Rentenniveau von 53 Prozent, der Überwindung der Schuldenbremse, einer »gerechten Steuerpolitik«, einer sozialökologischen Wende und dem aktiven und passiven Wahlrecht für langjährig in Deutschland lebende Ausländer:innen würden von der Linkspartei vollumfänglich unterschrieben, nicht alles aber vom BSW.

Die IG Metall ist in ihren Forderungen näher an den von ihr vertretenen Kernbranchen. Sie fordert von
einer zukünftigen Regierung Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie mittels eines Industriestrompreises sowie den Erhalt der Automobilindustrie am Standort Deutschland u.a. durch finanzielle Anreize für die gewerbliche und private Anschaffung von Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen. Außerdem befürwortet sie massive Investitionen in die Infrastruktur. Daneben wird eine Stärkung der Tarifbindung, ein Ausbau der Mitbestimmung und »Hände weg vom Streikrecht« gefordert.

Dass die DGB-Gewerkschaften zu Protesten gegen die AfD aufrufen und vor einer Stimmabgabe für die AfD warnen, ist gut, wirkte sich aber in jüngerer Zeit leider kaum noch auf das Abstimmungsverhalten der Gewerkschaftsmitglieder aus.

Ansonsten gilt für die Gewerkschaften: Sie werden mit jeder Regierung zusammenarbeiten (müssen). Lieber mit einer, an der auch die SPD beteiligt ist, da dann weiter Zugänge zum Arbeitsministerium gesichert sind, aber auch mit Schwarz-Grün könnten sie leben – ver.di vielleicht besser als IG BCE und IG Metall. Entscheidend für die Industriegewerkschaften wird sein, dass jede zukünftige Bundesregierung eine aktive Standort-Politik betreibt und notwendige industrielle Transformationen mit Subventionen begleitet.

Ob eine neuerliche »Große Koalition« die Schuldenbremse zumindest in Teilen revidiert, was der DGB befürworten würde, bleibt abzuwarten.

Trotz alledem …

Die Aussichten für die Bundestagswahl sind trübe.

Dabei besteht weniger die Gefahr einer Regierungsübernahme der Rechtsextremen als einer weiteren Ausbreitung des rechtsextremen Diskurses in der Gesellschaft – die Gefahr droht aus der Mitte. Zu hoffen bleibt, dass dies nicht einfach hingenommen wird, sondern Engagierte in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, gesellschaftlichen Initiativen und Medien dem weiterhin Widerstand entgegensetzen. Der Einsatz für mehr Demokratie, Sozialstaat und die Achtung der Menschenrechte wird nach der Bundestagswahl noch wichtiger werden und eine darauf fokussierte Linke unabhängig vom Wahlergebnis weiter gebraucht.

Gegen die »Halbierung« der Demokratie

Joke Frerichs* zu einem Missverhältnis

Zahlreiche Krisenzustände haben die Debatte um die Stabilität und den Erhalt der Demokratie wiederbelebt. Dabei fällt eine beachtliche Leerstelle auf: Die Sphäre des Ökonomischen bzw. der Produktion wird entweder nicht mitthematisiert oder sogar systematisch ausgeklammert. Marx war der Zusammenhang von Politik und Ökonomie bewusst; nicht umsonst sprach er von »Politischer Ökonomie«, wenn er ökonomische Sachverhalte thematisierte. Ihm war klar, dass es um Macht und Herrschaft geht, sobald wirtschaftliche Interessen tangiert sind.

Auch Oskar Negt und Alexander Kluge haben in ihrer Schrift »Öffentlichkeit und Erfahrung« (1972) darauf hingewiesen, »dass das etablierte Kapitalverhältnis als zentrales, ökonomisch materialisiertes Gewaltverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft« gilt, das des »Schutzes durch Gerichte und Polizei« bedarf, sobald es bedroht wird. Und obwohl es »Grundlage des ganzen gesellschaftlichen Reichtums ist«, wird es zum Bereich des Privaten bzw. zum »Privateigentum« erklärt. Diese Verkehrung von Öffentlichem und Privaten gehört zu den »Strukturmerkmalen der bürgerlichen Öffentlichkeit«. (Vgl. S. 17-102; insbesondere S. 95)

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es massenhafte Demonstrationen für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, für die Demokratisierung der Wirtschaft und für mehr Mitbestimmung. Der Zusammenhang von kapitalistischem Wirtschaftssystem und Faschismus war vielen bewusst; er fand sogar Eingang ins Ahlener Programm der CDU von 1947.

Dieses Bewusstsein ist im Zuge des sog. Wirtschaftswunders verloren gegangen. Der durch den »Marshallplan« forcierte Wiederaufbau führte gleichzeitig zu einer Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse, mit der Folge, dass diejenigen Unternehmer, die Hitlers Aufstieg ermöglichten, bald wieder an den Schalthebeln der Macht saßen.

Krisen und die Art und Weise ihrer Bewältigung sind ein Indikator für die Stabilität eines Politik- und Sozialmodells. Gegenwärtig erleben wir, dass selbst in Industriebereichen, die bisher erfolgreich das Modell eines sozialen Ausgleichs zwischen Unternehmens- und Beschäftigteninteressen praktiziert haben – z.B. VW, Ford oder Thyssen –, dieses einseitig zu Lasten der Beschäftigten aufgekündigt wird. Nachdem jahrelang riesige Gewinne eingefahren wurden – bei VW wurden zwischen 2021 und 2023 allein 22 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet[1] – sollen nunmehr allein die Beschäftigten die Lasten der Krise tragen, die oft vor allem durch fragwürdige Managemententscheidungen herbeigeführt wurde. Viel zu lange hat man beispielsweise bei VW hochwertige Marken und Modelle priorisiert, statt ein preisgünstiges E-Auto zu produzieren. Insofern war die gegenwärtige Absatzkrise vorhersehbar.

Dass darauf mit Massenentlassungen und Werkschließungen reagiert werden soll, stellt eine beispiellose Provokation und Demütigung für die Beschäftigten, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften dar – zumal die Beschäftigten von den geplanten Werksschließungen erst aus der Presse erfuhren. Da maßt sich ein abgehoben agierendes Management an, über das Schicksal ganzer Regionen zu entscheiden, statt gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten nach alternativen Lösungen zu suchen, die es bei vorangegangenen Krisen durchaus gab. Darauf haben Klaus Dörre und sein Forscherteam anhand ihrer empirischen Studien im VW-Werk Eisenach hingewiesen, wo es den Betriebsräten und Werksleitungen immer wieder gelang, Krisen durch gemeinsames Handeln zu überwinden. Zu erinnern ist auch an die zeitweise Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW.

Dass es um mehr als materielle Interessen geht, darauf hat der Harvard-Professor Michael Sandel, Verfasser der Studie »Das Unbehagen in der Demokratie«[2], unlängst hingewiesen. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft geht seiner Meinung nach tiefer: Viele Arbeiter:innen fühlten sich mehr und mehr respektlos behandelt. Es gelte, »die Würde der Arbeit« wieder herzustellen. Von den Politiker:innen verlangt er, die weitreichenden Folgen dieser Spaltung zu reflektieren, die Fehler neoliberaler Politik zu korrigieren und die eigene Verantwortung für die gegenwärtige Situation anzuerkennen.

Die oben erwähnte Trennung von Politik und Ökonomie gilt es aufzuheben, denn das, was sich zurzeit in den Betrieben abspielt, ist von höchster politischer Brisanz. Es bedarf geradezu einer Politisierung der Produktionssphäre und anderer Lebensbereiche, in denen Demokratie erlebbar und erfahrbar ist: am Arbeitsplatz, in den Betrieben, in Schulen und Universitäten und anderen Sektoren des Gemeinwesens. Überall sollte nach geeigneten Formen der Beteiligung und Mitbestimmung gesucht werden, damit Demokratie kein leeres Versprechen bleibt. Keineswegs kann sich die Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen darin erschöpfen, alle vier Jahre Abgeordnete zu wählen, die von den Parteien bestimmt werden und die man oft nicht einmal kennt.

** Joke Frerichs ist Sozialwissenschaftler und freier Autor. Arbeitsschwerpunkte: gewerkschaftliche Betriebs-, Bildungs- und Arbeitszeitpolitik.*

Anmerkungen:

1 *Pressemitteilung VW: Volkswagen Aktionäre entlasten Vorstand und Aufsichtsrat und stimmen Dividende für 2023 zu. Online: https://www.volkswagen-group.com/de/pressemitteilungen/volkswagen-aktionaere-entlasten-vorstand-und-aufsichtsrat-und-stimmen-dividende-fuer-2023-zu-18418*

2 *Sandel, Michael J. (2023): Das Unbehagen in der Demokratie. Was die ungezügelten Märkte aus unserer Gesellschaft gemacht haben, Frankfurt/M.*

Weihnachts- oder blaues Wunder?

Eine erste Einschätzung und Schlussfolgerung zum VW Tarifergebnis

Wenn der Kanzlerkandidat und Kapitalintimus Friedrich Merz, bis heute ungeniert stolz auf seine Tätigkeit beim Waffenfinanzierer Black Rock, die Sozialpartnerschaft lobt, ist Gefahr im Verzug – und die Hand schon am Abzug beim nächsten Anschlag auf die Koalitionsfreiheit (§ 9 GG, nicht die der Unionsparteien) und unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretungen. D.h. solche, die sich dem Scheinriesen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht beugen – und an dessen Schutz- und Sicherheitsversprechen nicht glauben. Ob der von Merz gelobte VW-Abschluss solche Sicherheiten und überhaupt eine Orientierung bietet, die über »Detroit oder DDR« als Ruinen aufgegebener oder vernichteter Kapitalphantasien hinausweist, wird in der Mitgliedschaft kontrovers diskutiert. Anders als Merz und seine Rechtsaußen-Hand Carsten Linnemann, die Gewerkschaften nur nützlich finden, wenn »die Arbeitnehmerbank« sich einig und dem Wohl des »Standorts« verpflichtet sei, finden wir: Eine Alternative zur Abhängigkeit von konkurrenzgetriebenen Kapitalstrategien und zum nationalen Protektionismus ist notwendig und die Auseinandersetzung darum gesellschaftlich nützlich. In diesem Sinne dokumentieren wir hier und im Folgenden die kontroversen Einschätzungen einer Kollegengruppe bei VW und des ehemaligen Leiters der Abteilung Tarifpolitik bei der IGM, Klaus Lang.

Keine Werksschließung, keine Massenentlassungen und keine Kürzung der monatlichen Entgelte. So die Erfolgsmeldung mit dem zauberhaften Namen »Weihnachtswunder«. Was steckt dahinter und was bedeutet dieser Abschluss für uns und unsere Zukunft?

Die Bonuszahlung, die tarifliche Entgelterhöhung und das Urlaubsgeld werden für Jahre nicht gezahlt bzw. reduziert. VW forderte zehn Prozent Lohnverzicht. Nun sind wir durch die Hintertür bei 10 bis 15 Prozent gelandet.

Ein Teil der Belegschaft bekommt die Arbeitszeiten um eine Stunde mit einem geringen Ausgleich verlängert. Arbeitszeitverlängerung in Zeiten, wo Arbeit wegbricht, ist paradox. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Das war noch nie so und wird auch dieses Mal nicht so sein. Das wird trotz ›Beschäftigungssicherung‹ bis 2030 hier der Öffentlichkeit vorgeführt: 35.000 Stellen sollen bis 2030 sozialverträglich abgebaut werden. Das sind nicht drei geschlossene Werke, sondern fast viermal das Werk in Zwickau. Für dieses Arbeitsplatzmassaker will man sich nur fünf Jahre Zeit lassen. Knapp 120.000 Beschäftigte hat Volkswagen in Deutschland. Wenn bis 2035 nochmal 35.000 Stellen abgebaut werden, kann sich jeder selbst ausrechnen, was von VW übrig bleibt. Dann übrigens ohne Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen.

Wer nicht in Auszubildende investiert, hat keine Zukunft. Letztes Jahr gab es 1.150 mögliche Plätze. VW wollte auf 420 reduzieren und die IG Metall feiert ihr Ergebnis, weil sie 650 Auszubildendenplätze durchsetzen konnte.

Sicher ist, dass sich das in Regionen wie Detroit oder der ehemaligen DDR nach Deindustriealisierungswellen auswirkt. Die Folgen sind dramatisch. Somit sind nicht nur die VW-Beschäftigten betroffen, sondern wir alle! In ganz Deutschland steht die Automobil- und Zulieferindustrie unter Druck und man wird sich VW als Beispiel nehmen, um Stellen abzubauen und dem Rest der Belegschaft in die Taschen zu greifen, um die Gier der Kapitalisten zu stillen. Wenn die IG Metall es bei VW mit einem Organisierungsgrad von über 90 Prozent nicht schafft, kämpferisch aufzutreten, was ist das für ein Zeichen? Für diese Zukunftsprognose zahlen wir alle einen hohen Preis.

Wäre mehr drin gewesen?

Die Erwartungen, dass die IG Metall-Führung einen Kampf um flächendeckende Arbeitszeitverkürzung führt, sind von Anfang an sehr gering gewesen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stand dabei als unverrückbares Narrativ vor Augen. Der Standort Deutschland ist auch Bestandteil einer Rede von Christiane Benner beim letzten Warnstreik in Wolfsburg gewesen, nach dem Motto: »Wer den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger machen will, muss billiger sein als die anderen im Ausland«. Dies widerspricht der Möglichkeit internationaler Solidarität und dem gemeinsamen, internationalen Kampf gegen die weltweiten Angriffe auf die Automobilbeschäftigten. VW kennt keine Nationen und drohte mit der Verlagerung des Golfs nach Mexiko – die bittere Realität wurde. Das Werk in Brüssel wird geschlossen, und darüber wurde in der Arbeitskampfphase noch nicht einmal ein Wort verloren. Wer in dieser Auseinandersetzung die nationalistische Standortkarte zieht, hat verloren. Internationale Solidarität muss zu unserer Aufgabe werden, da können wir uns in Zukunft nur auf uns selbst verlassen. Globale Kämpfe der Arbeiterbewegung sind durch den Kampf um den Acht-Stunden-Arbeitstag und den 1. Mai in unserer Erinnerung lebendig geblieben. Solidarität ist keine Barmherzigkeit, sondern nutzt letztendlich jeder und jedem Einzelnen. Wenn wir in Zukunft wieder alle gemeinsam kämpfen, dann sind wir erfolgreich.

Müssen wir das hinnehmen?

Wir sind nicht alleine! Wissenschaftler:innen, Klimagerechtigkeitsbewegung, Kolleg:innen aus anderen Betrieben und VW-Beschäftigte vertreten: Erhalt aller Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung und Umbau der Produktion für den ÖPNV.

Das würde andere Eigentumsformen benötigen. Eigentumsformen, so wie sie unter § 2 der IG Metall-Satzung beschrieben stehen. Vergesellschaftung wurde als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg als Eigentumsform in das Grundgesetz geschrieben und in der IG-Metall Satzung festgehalten, um Not und Elend durch Privat-Eigentum zu verhindern. Doch weder Staat noch IGM-Führung würden Vergesellschaftung als Möglichkeit derzeit auch nur ansatzweise diskutieren. Stattdessen Sozialpartnerschaft, obwohl wir alle erleben, dass die jetzigen Eigentümer soziale Sicherheit und zukunftsfähige Produktion nicht organisieren können und Not und Elend verbreiten. Vergesellschaftung als Gegenwartsaufgabe? Wir wollen in Zukunft selbst und gemeinsam entscheiden, was und unter welchen Bedingungen produziert wird. Das sollte nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht sein.

Die IG Metall hat bei VW gekämpft gegen Massenentlassungen, Werksschließungen und für den Erhalt der Monatsentgelte (nicht gemeint waren Bonuszahlungen, Urlaubsgeld usw., trotz steigender Ausgaben). Diese Ziele hat die IG Metall erreicht, aber de facto einen realen Lohnverzicht hingenommen. Eine gute Zukunft für uns alle und damit die Verhinderung einer Deindustrialisierung so wie in Detroit ist nicht ihr Ziel. Ziel ist es, den Übergang dorthin sozialverträglich und vor allem friedlich zu gestalten, wie die Beispiele Ford Saarlouis und VW verdeutlichen. Durch Altersteilzeitabgänge und den Verzicht auf Stellenneubesetzungen werden bei VW in nur fünf Jahren 35.000 Arbeitsplätze abgebaut, mit schlimmen Folgen.

Unser Kampf geht weiter und darüber hinaus. Wir nehmen den Angriff des Kapitals auf uns alle nicht hin. Wir nehmen jetzt die Dinge selbst in die Hand.

Lars Hirsekorn, IG Metall und Betriebsrat bei VW Braunschweig, Thorsten Donnermeier, IG Metall-Vertrauensmann bei VW Kassel, und Tobi Rosswog, Aktivist.

Dringliches

Hamburg: Stadt der Guten Arbeit?

Kritische Bestandsaufnahme und Berichte aus aktuellen Arbeitskämpfen

Es ist Wahlkampf: Der Hamburger Senat inszeniert sich mal wieder als arbeitnehmer:innenfreundlich. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Beschäftigte im Bereich des Öffentlichen Dienstes und der Öffentlichen Unternehmen spüren die Folgen der Personalpolitik des Senats. Unterschiedliche Beschäftigtengruppen klagen über Personalabbau, erhöhte Arbeitsbelastung und prekäre Arbeitsbedingungen.

Vor den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft werden wir mit unserer Veranstaltung den Finger in die Wunde legen – und jene zu Wort kommen lassen, die für unsere Stadt arbeiten. Durch die Berichte von Kolleg:innen aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes und öffentlicher Unternehmen wollen wir die Beschäftigungsbedingungen sichtbar machen und den großen und kleinen Konflikten und Kämpfen einen Raum geben. Gemeinsam möchten wir die Frage diskutieren: Wie können wir Verbesserungen erkämpfen?

Die Veranstaltung dient damit auch der Vorbereitung auf die kommenden Zeiten, die von Kämpfen gegen die Unterfinanzierung öffentlicher Dienstleistungen geprägt sein werden.

Im Anschluss an die Veranstaltung gibt es bei einem Kneipenabend im Café Knallhart die Möglichkeit zum weiteren Austausch und zur Vernetzung.

Wann: *Samstag, 8. Februar, 14:00 bis 18:30 Uhr*
Wo: *Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg, Raum S08*
Veranstalter: *Netzwerk Arbeitskämpfe und* express

Geneigte Leserinnen und Leser,

unser guter Vorsatz für das Jahr 2025: nicht schon wieder im ersten Editorial des Jahres das »frohe neue Jahr« in Frage stellen und betonen, dass alles immer schlimmer wird.

Gar nicht so leicht. Suchen wir das Positive: Es gibt (Stand 18. Januar, 1 Uhr) einen Waffenstillstandsabkommen zwischen Hamas und israelischer Regierung, 15.000 Menschen haben in Riesa gegen die AfD demonstriert, 50.000 in Wien gegen die FPÖ.

So weit, so na ja. Denn: Der Waffenstillstand ist fragil angesichts dessen, dass sie sich »geschworen haben, sich gegenseitig zu vernichten« (ZDF). Und Hintergrund des Waffenstillstands ist wohl nichts anderes als das Säbelrasseln des zukünftigen Führers der USA, Donald Trump. Hintergrund der Wiener Demonstration ist die faschistische Regierungsbildung unter FPÖ und Kickl. Hintergrund von 15.000 antifaschistischen Demonstrierenden in Riesa ist das Hoch der AfD: Am Wochenende des Parteitags lag sie in den Umfragewerten mit 22 Prozent Stimmanteil so hoch wie noch nie. Und die erste Kanzlerkandidatin der AfD ever, Alice Weidel, stimmt, gepusht von der Erfolgen Trumps und Kickls, martialische Töne an, um Höcke von rechts zu umarmen: überholen, ohne einzuholen?. Sarah Wagenknecht imitiert das auf dem Parteitag ihrer Fan-Partei.

Wen wundert's, dass diese Entwicklungen auch weiterhin unsere Inhalte prägen? Den Wahlkampf analysiert unsere routinierte AG Wahlbeobachtung (S. 1). Renate Hürtgen stellt die Frage nach der Klassenzusammensetzung der extrem rechts Wählenden und dem dabei unterlegten Klassenverständnis (S. 6), und Joke Frerichs plädiert ganz im Sinne der *express*-Tradition für mehr Demokratie in den Betrieben, um diese Entwicklung zu bremsen (S. 2). Nicht nur historisch interessiert uns deshalb der Faschismus weiterhin: Wolfgang Hien legt den zweiten Teil seines Beitrags zur Geschichte der I.G. Farben und der Nutznießerschaft zwischen Industrie und NS vor (S. 13).

Wir wissen ja, dass, wer vom Faschismus reden möchte, vom Kapitalismus nicht schweigen darf. Das naheliegende Beispiel Musk/Tesla muss noch ein wenig warten, bei uns geht es erstmal um den globalen Konzern Volkswagen und dessen nationale Krisenlösungsstrategien. IG Metall und Konzern haben sich bekanntlich auf ein Vorgehen geeinigt – das Ergebnis wird kontrovers diskutiert: Wir dokumentieren die Bewertung von Klaus Lang aus gewerkschaftlicher Warte (S. 4) und von Thorsten Donnermeier, Lars Hirsekorn und Tobi Rosswog aus innerbetrieblicher bzw. betriebsnaher Sicht (S. 3).

Der »laute Frühling« fällt also bei Volkswagen wohl aus, aber es stehen noch die Tarifrunden bei der Post und im öffentlichen Dienst vor uns (dazu mehr im Februar) – und die Frage nach einer Alternative zu den Ruinen der Kapitalphantasien »Detroit und DDR« (Hirsekorn et al.) bleibt so wichtig wie dringend.

Ein letztes internes Wort aus der Redaktion: So langsam machen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auch bei unseren Leser:innen bemerkbar, Kündigungen aufgrund der finanziellen Verhältnisse nehmen zu. Dazu haben sich 2024 unsere Mietkosten erhöht und absehbar werden sich 2025 unsere Lohnkosten erhöhen (was ja irgendwie auch richtig ist so). Wir bleiben Dank neuer Leser:innen bislang stabil, aber das Wachstum stagniert. Im Jahr 2024 hat sich das durch Spenden kompensiert: Mit einer Gesamtsumme von 24.648 Euro Spenden im Jahr 2024 habt ihr uns rund 5.000 Euro mehr gespendet als im Vorjahr!

Dafür herzlichen Dank! Und mit diesem herzlichen Dankeschön wünschen wir zugleich auch eine anregende Lektüre – aber nicht zu weit zurücklehnen!

Gute Zeichen, schlechte Zeichen

Das Tarifergebnis bei VW, der Wahlkampf und die Parteiprogramme – von Klaus Lang*

Wie angekündigt, setzen wir mit dem folgenden Beitrag von Klaus Lang, u.a. ehemaliger Leiter der Abteilung Tarifpolitik der IGM und in den 1990er Jahren maßgeblich am Bündnis für Arbeit beteiligt, die Kontroverse um die Beurteilung des VW-Abschlusses fort. Der Autor würdigt den Abschluss vor dem Hintergrund populistischer Parolen und Parteiprogrammatik, kritisiert aber zugleich die Ostvergessenheit in Politik und Wirtschaft und das völlige Fehlen grundlegender Transformationsvorstellungen, die über den VW-Abschluss hinausweisen.

Politiker von SPD, Grünen und CDU/CSU können der IG Metall, dem Betriebsrat und den Beschäftigten bei VW dankbar sein, dass dieser Abschluss am Beginn des Bundestagswahlkampfes erreicht worden ist und drohende Standortschließungen und Massenentlassungen im Wahlkampf nicht für populistische Mobilisierung genutzt werden können.

Noch wenige Wochen zuvor, als VW-Konzernchef Oliver Blume Ende Oktober den Abbau von 30.000 Beschäftigten mit betriebsbedingten Kündigungen, die Schließung mehrerer Standorte in Deutschland und eine Senkung der Tarifeinkommen um ca. zehn Prozent für unabdingbar hielt, war das eine Riesenwelle in einer Flut von Verlagerungs-, Schließungs- und Entlassungsankündigungen, womit für viele schon das Totenglöckchen für den Industriestandort Deutschland erklang. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage wäre ein so radikaler Schnitt bei VW Ermunterung für andere Unternehmen und willkommene Wahlkampfmunition für die populistischen Parteien gewesen.

Die roten Linien sind gehalten

Kluges Dosieren von Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft der IG Metall, gestützt auf den Betriebsrat und die Belegschaften, haben das verhindert. Voraussetzungen dafür sind der hohe Organisationsgrad und ein Zusammenspiel zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft, wie sie bei VW gegeben sind. Die IG Metall hat von Anfang an rote Linien markiert – keine betriebsbedingten Kündigungen, keine Standortschließungen, keine Minderung der monatlichen Entgelte. Auf dieser Grundlage wurde für Warnstreiks mobilisiert, entschlossen, notfalls auch weitere Schritte zu gehen. Dabei war auch der Arbeitnehmerseite klar, dass VW aufgrund des Exporteinbruchs in China und des äußerst steinigen Wegs zur Elektromobilität in Deutschland in einer schwierigen Lage ist. Von den Fehlern der Vergangenheit – 30 Milliarden in den Sand gesetzt mit Straf- und Entschädigungszahlungen plus Anwaltskosten aufgrund des Dieselskandals sowie einer missglückten, weil nicht konsequenten E-Auto und Batterie-Strategie – ganz zu schweigen.

Die IG Metall hat einen Kompromiss erreicht, der auch schmerzliche Einschnitte für die Belegschaft und manche Standorte enthält. Aber die roten Linien sind gehalten: Die Einkommensminderung geht zu Lasten jahresbezogener Zahlungen, verringert nicht die Monatsentgelte. Alle Standorte sind momentan gesichert, für zwei muss innerhalb der beiden kommenden Jahre noch eine längerfristig tragfähige Lösung gefunden werden. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen ist in einem neuen Vertrag festgeschrieben, der bis Ende 2030 nicht kündbar ist. Die jetzt fälligen Entgelterhöhungen, vergleichbar dem Tarifabschluss der Metall- und Elektroindustrie, werden in einen Solidaritäts- und Zukunftspakt gegeben, der z.B. beim Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen und dem sozialverträglichen Beschäftigungsabbau helfen soll. Das Ergebnis lässt dem Konzern Zeit für den nötigen Umbau, um weiterhin ein weltweit führender Automobil-Konzern zu bleiben. Alles in allem trägt der Abschluss Merkmale, die auch auf politischer Ebene öfter zu wünschen wären. Er zeigt, dass bei gravierenden Fragen nach heftigem Streit tragfähige Kompromisse gefunden werden können, die der Solidarität und dem Allgemeinwohl verpflichtet sind.

Verheerende Ostvergessenheit

Das Ergebnis wirft aber auch Fragen auf und verweist auf Probleme, die weit über VW hinausgehen. Sie müssten in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages eine Rolle spielen und auch schon im Wahlkampf auf der Tagesordnung stehen. Dazu ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien.

Ein Manko des Kompromisses besteht darin, dass die VW-Standorte im Osten einen großen Teil der Last zu tragen haben. Der Kompromiss ordnet sich damit in die verheerende Ostvergessenheit der gesamten Politik ein. Seit fast einem Jahrzehnt ist sichtbar, dass die deutsche Einheit alles andere als vollendet ist, materielle, soziale und kulturelle Differenzen wieder aufbrechen. Die Politik hat darauf nicht reagiert. Rechter Populismus ist seit Mitte der 2010er Jahre überall in Deutschland stärker geworden. Aber sein besonderes Gewicht in den ostdeutschen Bundesländern hat spezifische Ursachen, die auch mit der »Ostvergessenheit« in Politik und Wirtschaft, Kultur und Medien zu tun haben.

Der jüngste Bericht und Interviews des Ostbeauftragten der Bundesregierung Carsten Schneider weisen auf das fehlende »Wir-Gefühl«, die deutliche Unterrepräsentanz der Ostdeutschen in den Führungsetagen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Medien sowie auf die Vernachlässigung des Problems einer großen Zahl gewaltbereiter Rechtsradikaler in Ostdeutschland in den 1990er Jahren hin. Die Programme von CDU/CSU, von SPD und Grünen waren schon in der Vergangenheit von »Ostvergessenheit« gekennzeichnet. In den aktuellen Wahlprogrammen reagieren die Parteien sehr unterschiedlich auf die Einheits-Defizite: Für die Programme von AfD und BSW, beide im Osten besonders erfolgreich, ist das interessanterweise überhaupt kein Thema.

Im Programm der Union kommt Ostdeutschland nur in der Präambel in Verbindung mit »Wiedervereinigung, Aufbauleistung der Ostdeutschen, Wohlstand« vor, als Errungenschaften, auf die man stolz sein kann.
Im Programm der Grünen sind das höhere Durchschnittsalter und die nachteiligen Auswirkungen geringer und mittlerer Renten in Ostdeutschland ebenso wie die »ostdeutschen Großschutzgebiete« als Teil des gelungenen Naturschutzprogramms erwähnenswert. Die SPD verweist in ihrem Programm zumindest darauf, dass der Mindestlohn und eine stärkere Tarifbindung in Ostdeutschland besonders wichtig, der hohe Eigenanteil bei der Pflege stärker belastend und die wirtschaftliche Regionalförderung in den strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands wichtig sind. Außerdem wird der engagierte Kampf der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland für Demokratie als herausragend hervorgehoben. Nur das Programm der Partei Die Linke enthält ein eigenes Kapitel »Gerechtigkeit für Ostdeutschland« mit zahlreichen ostspezifischen Forderungen. Das ist für die Parteien, die Regierungsverantwortung anstreben, eine beschämende Bilanz. Denn wenn die gravierenden Einheitsdefizite nicht benannt werden, sind auch keine gezielten Programme zu ihrer Verringerung zu erwarten. Die Spaltung wird fortgeschrieben, verfestigt sich generationenübergreifend und stellt damit auch eine Ursache für die Wahlerfolge der AfD dar.

Funktionierende Tarifpolitik – unersetzbar

Im Umfeld des Tarifabschlusses bei VW soll jetzt wieder die Elektromobilität mit Kaufprämien und stärkerer Verpflichtung für den Ausbau von Ladestationen angeschoben werden. Ein Masterplan zur Elektromobilität, den schon die gescheiterte Ampel nicht vorgelegt hat, fehlt auch in den Programmen zur Bundestagswahl 2025. Der Schlingerkurs der letzten Jahre wird wohl fortgesetzt. Nur die Grünen sind in ihrem Wahlprogramm konsequent auf dem Weg zur Elektromobilität. AfD, BSW und FDP wollen eine totale Kehrtwende, die Unionsparteien wollen das beschlossene Verbrenner-Aus für 2035 aufheben ebenso wie die Strafzahlungen für Automobilkonzerne, die die für 2025 vereinbarten Flottengrenzwerte beim CO^2-Ausstoß pro Kilometer bei Neuwagen überschreiten. Die SPD stimmt bei der letztgenannten Forderung mit der Union überein, eine Zustimmung zur Aufhebung des Verbrenner-Aus ist nicht ausgeschlossen. Würde es tatsächlich aufgehoben, bliebe der Absatz von E-Autos trotz Kaufprämien weiter schwach. Und die Strafzahlungen für das Überschreiten des Flottenverbrauchs zu beseitigen wird zwar Konzernbilanzen verbessern und Dividendenausschüttungen erhöhen, aber keineswegs zwingend zu mehr Investitionen für die Zukunftssicherung der Unternehmen führen.

Die IG Metall hat im Rahmen der Tarifautonomie mit dem Ergebnis bei VW zu sozialem Frieden und gesellschaftlichem Zusammenhalt beigetragen. Tarifautonomie funktioniert auf die Dauer nur mit starken Gewerkschaften und hoher Tarifbindung. So wichtig der Mindestlohn geworden ist, er kann funktionierende Tarifpolitik in der Fläche nicht ersetzen. Deswegen bedarf die Ausweitung der Tarifbindung auf rund 80 Prozent der Wirtschaft, wie es die Mindestlohnrichtlinie der EU allen Mitgliedstaaten als Ziel vorgibt, der politischen Unterstützung. (Aktuell steht eben diese EU-Richtlinie unter Beschuss, s. S. 8 in dieser Ausgabe; *Anm. d. express*)

Die Rolle der Gewerkschaften für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sowie die Bedeutung einer umfassenden Tarifbindung spielt in den Wahlprogrammen der Parteien eine unterschiedliche Rolle. Die Programme der AfD, des BSW und der FDP kennen die Stichworte »Gewerkschaften«, »Tarifverträge« oder »Tarifbindung« nicht. Die Programme der Unionsparteien sehen Gewerkschaften als Tarifpartner. Die Tarifbindung soll erhöht, aber der Weg zu betriebliche Tariföffnungsklauseln erleichtert werden. Im Wahlprogramm der Grünen werden Gewerkschaften und starke Tarifbindung einmal erwähnt. Nur das SPD-Wahlprogramm verweist mehrfach auf die Gewerkschaften als wichtige Akteure im sozialen und ökologischen Wandel und benennt konkrete politische Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung, fordert ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und signalisiert Unterstützung für weitere Arbeitszeitverkürzung. Eine sehr große Rolle spielen die Gewerkschaften im Programm der Linken. Sie werden an vielen Stellen als Akteure bei der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft genannt. Außerdem fordert das Programm, dass es eine Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden »ohne Tarif« nicht geben soll.

Keine Spur von großer Transformation

Der Tarifabschluss bei VW ist ein solider Kompromiss, ehrlich und alarmierend zugleich. Mit dem Tarifabschluss ist Zeit gekauft worden für sozialverträgliche Lösungen bei Beschäftigungsabbau und Investitionsmöglichkeiten zum Umbau für das Unternehmen. Klar ist: Die 35.000 Arbeitsplätze werden nicht wieder entstehen, weder bei VW noch bei anderen Automobilunternehmen in Deutschland. Für die Stahlindustrie, die Metall- und Elektroindustrie, die chemische Industrie und viele andere industrielle Bereiche gilt ähnliches.

Wir befinden uns schon mitten in der »Zeitenwende« des industriellen Umbruchs. In den Wahlprogrammen der Parteien ist davon aber wenig zu spüren. Sie sind eher davon bestimmt, wie mit unterschiedlichen angebots- oder nachfrageorientierten Konzepten und zum Teil mit anderer ökologischer Ausrichtung die Wachstumsraten und Beschäftigungsniveaus der Vergangenheit in den heutigen industriellen Sektoren vielleicht wieder hergestellt werden könnten: Von einer grundlegenden Transformation in der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise keine Spur, nicht einmal bei den Grünen. Aber diese Transformation zu gestalten, wird das zentrale Thema während der nächsten Legislaturperiode sein. Vielleicht sind solche Zumutungen in Wahlprogrammen und Wahlkämpfen nicht möglich. Aber in den kommenden Jahren wird entschieden, ob die industrielle Zeitenwende disruptiv erfolgt oder die rechts- und sozialstaatliche Demokratie die Oberhand behält.

Der Artikel ist übernommen aus dem von Wolfgang Storz betriebenen Blog bruchstuecke.info. Wir danken für die Überlassung und empfehlen den lesenswerten Blog. https://bruchstuecke.info/2024/12/26/gute-zeichen-schlechte-zeichen-das-tarifergebnis-bei-vw-der-wahlkampf-und-die-parteiprogramme/

** Klaus Lang studierte Katholische Theologie, Psychologie und Politik. Er war in verschiedenen Funktionen im Vorstand der IG Metall tätig und Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung. Er ist Mitglied im Rat der Stiftung Menschenrechte, der Förderstiftung von Amnesty International und im Sozialethischen Arbeitskreis Kirchen und Gewerkschaften.*

Bausatz für Kündigungen

Gaston Kirsche* über Union Busting im bayrischen Einzelhandel

In Bayern stehen im Handel engagierte Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsrät:innen unter Druck. Einer davon ist Ludwig Doblinger. Ihm droht derzeit der Verlust seines Arbeitsplatzes als Kuchenverkäufer bei der Ikea-Filiale in Regensburg. Er ist Gewerkschafter und Mitglied im örtlichen sowie im europäischen Betriebsrat der Möbelkette IKEA. Weil der Betriebsrat seine Zustimmung zur Kündigung allerdings verweigert hat, versucht das Möbelunternehmen die Kündigung nun vor dem Arbeitsgericht Regensburg durchzusetzen. Gewerkschafter:innen von ver.di solidarisieren sich.

IKEA

»Es ist bereits der dritte Fall, wo große Handelsunternehmen nach der langen, zähen Tarifrunde im Handel für Lohnerhöhungen gegen engagierte Betriebsrät:innen vorgehen, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und vor Ort die Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert haben«, so Christin Rappl, zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretärin für den Handel in der Oberpfalz im Gespräch mit dem Autor: Der Filialleiter von IKEA Regensburg wollte am 2. Oktober von dem ansässigen Betriebsrat die Zustimmung bekommen, dass er den engagierten Betriebsrat und Gewerkschafter Ludwig Doblinger, der auch Mitglied im europäischen Betriebsrat bei IKEA ist, fristlos kündigen kann.

Einem Mitglied des Betriebsrates zu kündigen, ist nicht so einfach: Der Betriebsrat hat seine Zustimmung verweigert. »Ausgesprochen wurde noch keine Kündigung, da sich die Kündigung noch im Zustimmungsersetzungsverfahren befindet, welches eingeleitet wurde durch den Einrichtungshausleiter«, erklärt Ludwig Doblinger.

Deshalb versuchte die Filialleitung von IKEA, die Kündigung vor dem Arbeitsgericht Regensburg durchzusetzen. Am 21. November kam es zu einer ersten Verhandlung. Die vom Gericht vorgeschlagene gütliche Einigung scheiterte an der Weigerung des Anwalts von IKEA, Jan-Peter Braun, auf die Kündigung zu verzichten und eine andere Lösung zu suchen.

IKEA wirft Doblinger »Spesenbetrug« und »Arbeitszeitbetrug« vor, wie Jan-Peter Braun betonte. Dabei geht es um eine Summe von 33 Euro, die sich aus mehreren Einzelposten bei der Spesenabrechnung von einem dreitägigen Treffen des Gesamtbetriebsrats in Fulda Anfang September ergeben hat und um eine 15minütige Pause. Laut einem Prozessbericht des Journalisten Stefan Aigner auf der Internetseite *Regensburg Digital* habe Rechtsanwalt Braun für IKEA erklärt, es habe beim Betriebsratstreffen »vollwertige Mittagessen« gegeben. An denen habe sich Doblinger »satt essen« können und hätte deshalb keine Spesen von elf Euro täglich abrechnen dürfen.

Ludwig Doblinger habe sich kein Fehlverhalten vorzuwerfen, konterte sein Rechtsanwalt Norman Hagel, laut *Regensburg digital*: Bei dem Treffen in Fulda sei ein Snack bestellt worden. Von diesem habe auch Doblinger gegessen. Auch der Vorwurf des Arbeitszeitbetruges sei nichtig: Es stehe einem Betriebsrat »völlig frei, wann und wie er seine Tätigkeit ausübt« – auch in einer Pause könne er seiner Tätigkeit nachgehen. Die vermeintlichen Gründe für eine außerordentliche Kündigung seien keine.

»Dass der Filialleiter von IKEA Regenburg versucht, durch konstruierte Vorwürfe einen engagierten ver.di-Betriebsrat aus dem Unternehmen zu drängen, ist an sich schon ein großer Skandal«, so Christin Rappl, die auch bei der Gerichtsverhandlung anwesend war: »Unser Kollege Ludwig Doblinger soll seinen Arbeitsplatz verlieren, weil er sich für seine Kolleg:innen im Betrieb unermüdlich einsetzt und gegen die Missstände im Betrieb ankämpft«.

»IKEA toleriert keine Verstöße gegen Recht und Gesetz«, teilte Tamara Breuer, Pressesprecherin des Möbelkonzerns, dem Autor auf Anfrage mit. »Kündigungsentscheidungen werden seitens IKEA stets im Rahmen des geltenden Arbeitsrechts und aufgrund gesetzlicher Grundlagen getroffen.« Aber, so Tamara Breuer weiter: »Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns zu aktuell laufenden Verhandlungen nicht äußern können«.

»Das Verhalten von IKEA ist eine große Sauerei«, betont Christin Rappl. Das Entgegenkommen von IKEA-Rechtsanwalt Braun habe darin bestanden vorzuschlagen, die außerordentliche Kündigung in eine fristgerechte umzuwandeln, und weil der Betriebsrat und Küchenverkäufer bereits seit zehn Jahren bei IKEA arbeite, könne eine »maßvolle Abfindung« von 15.000 Euro gezahlt werden.

Damit war die Chance auf eine gütliche Einigung vertan, jetzt wird es in einigen Monaten zu einem Prozess kommen, in dem die Kammer des Arbeitsgerichts entscheiden wird, ob die Kündigung rechtlich wirksam ist. Da das Betriebsratsgremium hinter seinem Mitglied steht, ist es eher unwahrscheinlich, dass IKEA mit der fadenscheinig begründeten Kündigung vor Gericht durchkommt.

»Ich bin Betriebsrat aus Überzeugung und mache meine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen – dies hat sicherlich zu dieser Situation beigetragen«, sagt Ludwig Doblinger auf die Frage, wie er sich die Kündigung erklärt: »Dass ich während der Tarifverhandlungen als Streikkoordinator im Einrichtungshaus tätig war und auch im regionalen Fernsehen interviewt wurde, dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben.« In einem Beitrag für den Regionalsender *TVA* kritisierte der Betriebsrat im Februar 2023, dass IKEA wie der Handelsverband die Forderungen von ver.di nach angemessenen Lohnerhöhungen zurückweise und versuche, eine staatliche geförderte, steuerfreie Inflationsausgleichsprämie mit der Lohnerhöhung zu verrechnen, was schäbig sei: »Gebt uns unsere Kohle, damit wir ein vernünftiges Leben führen können, und behandelt uns nicht wie irgendwelche modernen Sklaven«, erklärte er vor der Kamera. »Aus meiner Sicht ist meine gewerkschaftliche Tätigkeit mitverantwortlich dafür, dass IKEA mir kündigen will«, so Doblinger.

»Ludwig Doblinger war sehr aktiv in der letzten Tarifrunde an der Organisation von Warnstreiks bei IKEA Regensburg beteiligt und ist immer mit raus gegangen«, bestätigt Christin Rappl: »Die Vorwände, wegen denen die Kündigungen ausgesprochen werden, sind weit hergeholt und eigentlich geringfügig.«

Eurotrade

Der Fall Doblinger ist keine Ausnahme.
In zwei Handelsketten und einem Handelsverbund in Bayern gehen Filialleiter oder Geschäftsleitungen gegen aktive Gewerkschafter:innen vor, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert hätten: Neben Ludwig Doblinger bei IKEA Regensburg geht es um die Betriebsratsvorsitzende und als Mitglied im Aufsichtsrat von Mediamarkt tätige aktive Gewerkschafterin Maria Laube von der Mediamarkt-Filiale in Rosenheim und die ehemalige Betriebsratsvorsitzende und aktive Gewerkschafterin Neli Birks von Eurotrade in München. Eurotrade ist eine Tochter der Flughafengesellschaft FMG, die dem Freistaat Bayern, dem Bund und der Stadt München gehört und zuständig für 40 Geschäfte am Münchener Flughafen ist.

Neli Birks wurde im Juni ohne Angabe von Gründen vom Flughafen-Shopbetreiber Eurotrade fristlos gekündigt. Sie arbeitete als Verkäuferin im Duty-free-Bereich. Dem Vernehmen nach wird ihr ein Verstoß gegen den Datenschutz vorgeworfen. Im Rahmen ihrer Betriebsratsarbeit habe sie eine Liste mit Namen von Leiharbeiter:innen an ihre private E-Mail-Adresse geschickt; zur Weiterbearbeitung, verteidigte sich Birks. Dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Bayern sagte sie, die Liste sei weder passwortgeschützt gewesen, noch habe sie Adressen oder persönliche Telefonnummern enthalten. Ein Datenschutzkonzept gebe es in der Firma nicht. Es sei gängige Praxis, Mails an private Accounts zu senden.

Dominik Datz, zuständiger Gewerkschaftssekretär von ver.di, betonte im Gespräch mit dem Autor Neli Birks Engagement: »Neli hat als Mitglied der Tarifkommission mehrfach Streiks bei Eurotrade mitorganisiert, die sehr erfolgreich waren.« Gut die Hälfte der Shops am Flughafen seien während der Ausstände tageweise geschlossen gewesen. Der Betriebsrat dort steht nicht hinter Neli Birks, sondern hat mehrheitlich der Kündigung »vorsätzlich und bewusst zugestimmt«, so Dominik Datz: »Ich war in der Sitzung anwesend und habe ausführlich aufgeklärt und man hat es dennoch durchgezogen.«

Mediamarkt

Der regionale Geschäftsführer der Mediamarkt-Niederlassung in Rosenheim wollte am 4. Oktober 2024 von dem dortigen Betriebsrat die Zustimmung bekommen, dass er die engagierte Betriebsratsvorsitzende Maria Laube fristlos kündigen kann. Der Vorwurf: ein angeblich falsch geführtes Kundengespräch. Die Betriebsratsvorsitzende soll, laut ver.di, wegen kundenfreundlicher Beratung ihre Arbeit verlieren.

In Rosenheim hat der Betriebsrat der örtlichen Mediamarkt-Filiale wie bei IKEA die Zustimmung zur Kündigung seiner Vorsitzenden Maria Laube verweigert. »Media Markt möchte sich gerichtlich die Zustimmungsersetzung einholen«, erklärt Dominik Datz. Der für den 19. November 2024 vom Arbeitsgericht Rosenheim terminierte Gütetermin wurde seitens des Unternehmens kurzfristig abgesagt, da man einen schnellen Kammertermin haben möchte. »Es zeigt sich also deutlich, dass man die Kollegin Laube um jeden Preis loswerden möchte«, betont Datz und merkt an, dass es sich bei den Kündigungen ausnahmslos um gewerkschaftlich aktive Personen in den o.g. Betrieben handelt: »Diese Vorgänge sind allesamt ein Angriff auf das Grundgesetz und seinen Artikel 9.«

Solidarität!

Die gewerkschaftliche Solidarität dagegen ist groß – mit allen dreien. Und in der Belegschaft von IKEA laufen die Vorbereitungen zur Durchsetzung eines Digitalisierungs-Tarifvertrags in der Möbelhauskette: »Wie wir das Arbeiten bei IKEA erleben, hat wenig mit dem Wohlfühlkurs aus den Werbespots des Unternehmens zu tun: Es gibt zu wenig Personal, aber immer mehr Aufgaben für die Kolleginnen und Kollegen, die oft allein auf der Fläche sind«, heißt es in einer Ausgabe von *Wir bei Ikea*, dem betrieblichen Infoblatt von ver.di: »Das alles ist stressig, gesundheitsgefährdend und verursacht hohe Krankenstände. Du fragst dich, was wir gemeinsam tun können, damit es besser wird? Gemeinsam für einen Tarifvertrag streiten, der die Belastungen reduziert«.

Anlässlich dieser drei Fälle von Betriebsrats-Mobbing hat der Gewerkschaftsrat von ver.di eine Beschlussvorlage des ver.di-Bezirksvorstands München angenommen, in dem gefordert wird, das Kündigungsschutzgesetz zu erweitern um den Schutz von aktiven Gewerkschafter:innen. In Bayern konfrontiert ver.di Politiker:innen auf Wahlkampfveranstaltungen mit diesem Thema.

Aktuelle Informationen im Netz sind zu finden unter: https://handel-bayern.verdi.de

VSA: Wahlentscheidungen

Klaus Lang
Die rechte Mitte
Konservative Radikalisierung von CDU und CSU? Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-236-3
Binden die Unionsparteien mit Profil und Personal Wähler*innen aus dem rechten Spektrum als selbsterklärte Parteien der rechten Mitte oder überschreiten sie inzwischen die Grenzen nach extrem rechts?

Rudolf Hickel
Schuldenbremse oder »goldene Regel«?
Verantwortungsvolle Finanzpolitik für die sozial-ökologische Zeitenwende | Eine Flugschrift
96 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-226-4
Argumente für eine schnelle Reform und spätere Abschaffung der Wachstumsbremse.

Mehr Infos zum Verlagsprogramm: www.vsa-verlag.de

Im »Forum Gewerkschaften«: Schmerzhafte Zugeständnisse beim VW-Abschluss; Zehn Jahre Mindestlohn: Eine Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten; Hans-Jürgen Urban: Der Betrieb als Kampffeld gegen rechts; DGB-Baden-Württemberg: Öffentliche Investitionen gegen Arbeitsplatzabbau

Jahresabonnement: € 85 (11 Hefte + Supplements); Ermäßigt: € 65; Kennenlernabo (3 Hefte + Supplement): € 20. Bestellungen im Netz.

Regelmäßig im Netz unter www.sozialismus.de Kurzanalysen & Kommentare ohne Paywall zwischen den monatlichen Printausgaben.

Warum wählen welche Arbeiter:innen eine rechtsextreme Perspektive?

Vor den »Gegenstrategien« kommt die Analyse – von Renate Hürtgen*

Die jüngsten Wahlergebnisse nicht nur in Brandenburg fallen eindeutig aus: Unter Arbeiter:innen sind besonders viele Wähler:innen von rechtsextremen Parteien. Auch der scheinbar nicht mehr aufzuhaltende Aufstieg der rechtsradikalen Parteien, die in den letzten 40 Jahren europaweit auf durchschnittlich 20 Prozent anwuchsen und inzwischen in zahlreichen europäischen Staaten wenigstens zu »Regierungsanwärtern« avancieren, beruht auf einem besonders hohen Stimmanteil von lohnarbeitenden Menschen. Es wären gerade einstige Hochburgen der Arbeiterbewegung wie »Thüringen, Billancourt, Ostflandern oder die Vororte Wiens«, die in den letzten Jahren von den extremen Rechten geradezu erobert worden seien.[1] Haben die Arbeiter:innen Europas die Seiten gewechselt? Erleben wir einen proletarischen Rechtsruck ähnlich dem der 1930er Jahre?

Das schiefe Bild vom »Seitenwechsel«

Ein Essay von Anton Jäger bringt etwas Schwung in die kaum noch hinterfragten Selbstverständlichkeiten. Wie verhält es sich tatsächlich mit der auch bei uns verbreiteten Annahme vom »Seitenwechsel« einer bis dahin eher linken Arbeiterschaft ins rechte Lager? Stimmt, so fragt Jäger, die These, dass die europäischen Arbeiterklassen mit dem Übergang zu einer neuen postindustriellen Gesellschaft ihre bisherige Heimat verlassen haben und zum entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums abgewandert sind? Wir haben diese Vorstellung von einer Arbeiterschaft, die sich aus ihrem kommunistischen oder sozialdemokratischen Milieu entfernt und nun das andere »Extrem« gewählt hat, anhand des autobiografischen Essays »Rückkehr nach Reims« von Didier Eribon ausführlich diskutiert und als Erfahrungsbericht mehrheitlich stimmig gefunden. Eribon beschreibt, wie seine ehemals kommunistischen Eltern in den 2000er Jahren begannen, den Front National zu wählen und wie sie damit nicht nur einen politischen Bruch vollzogen hätten, sondern quasi in eine andere Kultur und Lebenswelt übergewechselt seien.

Aber stimmt dieses Bild? Auf welchen Annahmen beruht diese Implikation vom »Seitenwechsel«? Zum einen, gibt Anton Jäger zu bedenken, gerieten wir damit unversehens in eine dem Totalitarismus nahe Interpretation vom »Hufeisenmodell«.[2] Danach würden die Arbeiter:innen ein anderes »extremes« Modell und nicht »die Mitte« wählen, weil Linke und Rechte doch immer noch mehr gemein hätten als beide mit der liberalen Elite. Diese These habe – so Jäger – umso mehr Plausibilität bekommen, je deutlicher die extreme Rechte eine soziale und europafeindliche Position eingenommen hätte. »Rechtsnationale Formationen vom Front National bis zu Jörg Haiders FPÖ wurden als Arbeiterpartei dargestellt oder unter die Rubrik ›Populismus‹ gefasst« (Jäger 2024, S. 2). Die bürgerlichen Parteien hätten im selben Zug ihre Agenda immer mehr nach rechts verschoben und die Linke meine, sie könne die rechten Arbeiter-Wähler:innen mit besseren populären Argumenten zurückgewinnen.[3]

An anderer Stelle wird der Autor deutlicher und warnt die Linke davor, anzunehmen, der neue Rechtsradikalismus sei »ein authentischer Ausdruck von Nöten der Arbeiterklasse«, die, von der Linken »im Stich gelassen«, wieder auf den richtigen Weg zu bringen sei (ebd., S. 5) Es wäre jedoch höchst gefährlich, so Jäger, einen sogenannten Seitenwechsel anzunehmen, der dazu geführt habe, dass bei den zum Rechtsextremismus übergelaufenen Arbeiter.innen ein, wenn auch rechts-entstellter, aber immer noch emanzipatorischer Kern zu finden sei, der positiv umgelenkt werden könne. Nach solchen Überlegungen fällt einem besonders ins Auge, wie problematisch Analysen sein können, die von einem gesetzten positiven Arbeiterklassenbewusstsein und einer eher linken Heimat ausgehen, von wo Teile der Arbeiterschaft nun nach rechts gewechselt hätten.[4]

In Anton Jägers Essay werden entscheidende Fragen aufgeworfen, auf die wir Antworten brauchen, wenn wir den sozialen Charakter dieses neuen Rechtsextremismus verstehen wollen. Wie sieht deren soziale Zusammensetzung tatsächlich aus? Wer ist warum in rechtsextremen Parteien und Gruppen aktiv? Wie unterscheidet sich der heutige Rechtsextremismus vom Faschismus der 1930er Jahre? Kann das gegenwärtige rechtsextreme Milieu seine Anhänger:innen mobilisieren, kommt es zu einer rechten Milieubildung? Lässt sich überhaupt von einer proletarischen rechten »Bewegung« sprechen? Als Beobachter des europäischen Rechtsextremismus kommt Jäger zu dem Ergebnis, dass deren Vertreter:innen sich allein schon dadurch von den Faschisten des letzten Jahrhunderts unterscheiden würden, dass sie weder ein Programm hätten, noch tatsächlich Massen mobilisieren könnten. Vielmehr lebe der Rechtsextremismus, nach Jäger, von einer allgemeinen Abnahme politischer Aktivität: »Was an den Wahlerfolgen der AfD und rechtsradikaler Parteien im Westen generell viel stärker auffällt, ist, dass sie sich keiner Re-, sondern Demobilisierung verdanken: Die meisten Arbeiter:innen wenden sich von der Politik ab, während einige wenige zur extremen Rechten wechseln – und dieser kleine Teil wird dann als repräsentativ für die demobilisierte Klasse insgesamt dargestellt« (ebd., S. 5).

Leerstelle Klassenanalyse

Ob diese Annahmen so auch für Deutschland gelten, werden die nächsten Wahlen zeigen. Stimmig scheint mir in jedem Fall die Beschreibung, dass bei den rechtsextremen Parteien heute kein wirklich neues Milieu entsteht, keine festen Bindungen, die das traditionelle kommunistische oder sozialdemokratische Milieu einst auszeichnete. »Eine online-Chatgruppe ist nicht dasselbe wie die casa del popolo…« (ebd., S. 3). Jene Arbeiter:innen, die eine rechtsextreme Partei wählen, blieben vereinzelt, es bilde sich kein neues Kollektiv, vielmehr bleibe für die extreme Rechte zu stimmen eine »Privatsache, die man für sich behält, kein öffentliches Engagement – ein eher passiv-aggressives als aktives, eher informelles als formelles Verhalten« (ebd., S. 5). Zu einem vergleichbaren Ergebnis sind die Autor:innen des Artikels »Die AfD – eine ›Arbeiterpartei‹ ohne betriebliche Basis?«, gekommen, wenn sie beschreiben, dass die AfD durchaus als »Meinungsbildner«, nicht aber als »organisierende Kraft« in den Betrieben präsent sei.[5] Ob sich aus solchen Beobachtungen ableiten lässt, dass der »proletarische Rechtsruck« nicht stattgefunden hat, scheint mir damit noch nicht bewiesen. Die Lektüre des Artikels macht allerdings klar, dass wir endlich mit Hilfe einer differenzierten Klassenanalyse den europäischen und den deutschen Rechtsextremismus im Besonderen verstehen lernen müssen.

Eine solche Klassenanalyse haben wir jedoch weder für den deutschen Rechtsextremismus, noch für die rechtsaffine Arbeiterschaft vorliegen. In seinem jüngsten Aufsatz »Die verlorene Ehre der Arbeiter« versucht Klaus Dörre dennoch eine Antwort auf die Frage zu geben, wer die Arbeiter:innen sind, die AfD wählen.[6] Zurecht will er zuvor geklärt wissen, wer überhaupt zur Arbeiterklasse zählt: Sind es all jene, die Lohn beziehen? Dann wären es, hält Dörre fest, acht Millionen, das seien nur 17 Prozent aller Erwerbstätigen. Das würde, nach Dörre, auch der bekannten Zahl von Selbsteinschätzungen als »Arbeiter« in den Nachwahlbefragungen entsprechen, die anderen, etwa »Vorarbeiter, Meister und Techniker«, zählten sich fälschlicherweise zur Mittelschicht (Dörre 2024, S. 2). Eine fehlende Klassenanalyse mache es daher schwer, diejenigen »Arbeiteranteile an Erwerbstätigen präzise zu bestimmen«, die

AfD wählten (ebd.). Es brauche daher Kriterien der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse, objektive Kriterien, denn die subjektive »Selbstverortung« sei aus vielerlei Gründen problematisch.[7]

Dörre schlägt den Begriff der »Arbeiterklassenlage« vor, der nicht nur die Produktionsarbeiter:innen, sondern Beschäftigte, die sich der »Mitte« zurechneten, ebenso wie »auch die Krankenschwester, das Personal von Kindertagesstätten, (den) Briefzusteller oder die Zugbegleiterin« einschließe. Sie alle würden »zu den relativen Verlierern der Globalisierung zählen« (ebd., S. 2). Die rasante materielle Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, Preissteigerungen, hohe Mieten, zunehmende Existenzängste beträfen sie alle und führten zu dem »in der Arbeiterschaft verbreitete(n) Empfinden, sozial benachteiligt, abgewertet und folglich entehrt zu sein« (ebd., S. 2).

Klaus Dörres Vorschlag, dass all jene, die von den negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung besonders hart betroffen seien und die sich infolgedessen zu den Verliere-r:innen dieser Entwicklung zählten, zu einer Klasse gehörten, scheint mir problematisch. Zumal sich das gemeinsame Gefühl, benachteiligt, abgewertet und entehrt zu sein, dass Dörre hier zu einem entscheidenden Kriterium der »Arbeiterklassenlage« erklärt, methodisch nicht wirklich von der »Selbstverortung« als »Arbeiter« unterscheidet. Dieses Kriterium aber hatte Dörre selber im Artikel als unzureichend für eine Analyse befunden.

Die von Dörre in Anschlag gebrachte »Arbeiterklassenlage« gibt leider weder Auskünfte darüber, in welchem sozial heterogenen und politisch differenzierten Zustand sich die Klasse derzeit befindet, noch wissen wir so, wie sich der Rechtstrend in welchen sozialen Schichten und aus welchen Motiven gerade vollzieht. Denn die von Dörre beschriebene Stimmung ist ja nicht klassenspezifisch, sie hat sich auch in anderen Teilen der Bevölkerung verbreitet: unter prekären Akademike-r:innen, kleinen Handwerker:innen, Selbständigen und leitenden Angestellten, von denen unterschiedlich viele aus denselben Gründen rechtsextremistische Parteien wählen. Zudem fallen die objektiven Verschlechterungen der Lebenslagen und das Empfinden, sozial benachteiligt und abgewertet zu sein, in der von Dörre als soziale »Arbeiterklassenlagen« zusammengefassten Beschäftigten sehr unterschiedlich aus. Gänzlich unbeachtet bleibt zudem, dass die meisten der von den schlechter werdenden Lebensbedingungen bedrohten Beschäftigten, darunter auch die »Arbeiter«, mit den gleichen Existenzängsten konfrontiert sind und trotzdem nicht die AfD wählen. Wie lassen sich Gegenstrategien entwickeln, wenn wir kein differenziertes Bild von dieser sozial und politisch breiten und heterogen Klasse der Lohnabhängigen haben?

Exkurs: Arbeiter in der NSDAP

1971 schrieb der Sozialhistoriker Michael H. Kater, wie schwierig es sei, die Wählerschaft bzw. die Mitglieder der NSDAP nach ihrer sozialen Herkunft zu erfassen; die üblicherweise zugrunde gelegten Kategorien reichten nicht aus, um ein differenziertes Bild zu entwerfen: »Eine Einteilung in Handarbeiter, Angestellte, Selbständige, Beamte, Bauern und ›Andere‹ lässt beispielsweise keinerlei Rückschlüsse auf die Klassen- oder Schichtzugehörigkeit der einzelnen zu, noch vermag sie ideologische Faktoren zu würdigen, was gerade bei der Behandlung der Gruppe ›Arbeiter‹ unerlässlich wäre.«[8] Auch die Kategorie »Selbständiger« fasse Menschen völlig unterschiedlicher sozialer Lagen zusammen, den »Flickschuster wie den Generaldirektor«. Auf diese Weise ließe sich nicht sagen, ob Adolf Hitler vor allem »den Arbeiter für die NSDAP« hatte gewinnen können, oder ob es die »Not des

kleinen Krämers«, war, den die völkische Bewegung anzog (Kater 1971, S. 124). Kater schlägt vor, den einzelnen Kategorien Berufsgruppen zuzuordnen, was genauere Aussagen darüber zuließe, wer aus welchen Gründen 1923 in die NSDAP eingetreten war. Auf diese Weise konnte er für diese frühe Zeit feststellen, dass »die Handwerker (...) für das Reich die größte Gruppe (stellen), es folgen Kaufleute, untere Angestellte, Landwirte,

Facharbeiter und niedere Beamte.« (ebd., S. 138) Und unter den Handwerkern waren es vorrangig die »Land-Handwerker«, die »die modernen Fertigungsmethoden der Großstadt von ihrem Standpunkt aus als immer näher rückende wirtschaftliche Bedrohung« empfanden (ebd., S. 138). In späteren Arbeiten anderer Autor:innen wird weiter ausgeführt, dass dieses wirtschaftliche und soziale Bedrohungsszenario, das im Deutschland der Zwischenkriegszeit herrschte, auch unter Arbeitern unterschiedliche Gestalten annahm. Jenen »Arbeitertyp« zum Beispiel, der in einer importorientierten Branche tätig war, drückte nicht die Gefahr, die von der modernen Industriearbeit für den Land-Handwerker ausging, er hätte sich von der NSDAP vor allem den dringend benötigten Protektionismus erwartet.[9] Anders als vor 1933 wuchs die Angestellten- und Beamtenschaft in der NSDAP signifikant an, weswegen in der Forschungsliteratur auch nicht von einer »Arbeiterpartei« gesprochen wird, da Arbeiter-Mitglieder unterrepräsentiert blieben (Falter 2020, S. 304f., S. 293, S. 207).

»Die verlorene Ehre der Arbeiter« (Dörre)

Die »Spannweite« der Lebensumstände und Arbeitsverhältnisse, die sich hinter dem Begriff »Arbeiter« verbirgt, war schon in den 1920er Jahren groß und ist heute noch größer geworden. Und die Gründe, in die NSDAP einzutreten, waren so unterschiedlich wie es heute die Motive sind, eine rechtsextreme Partei zu wählen. Immer waren und sind es Reaktionen auf eine krisenhafte Situation; 1933 war es die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, der »deutsche Ehrverlust« und das politische Vakuum, das zum Ruf nach einem starken Führer führte. Heute sind es die Erfahrungen mit der weltweiten Globalisierung, die für viele zu einem dramatisch sinkenden Lebensstandard, zur Abwertung traditioneller Arbeits- und Lebensformen und zu einer großen Verunsicherung führen. Aber warum wählt nur ein Teil der Arbeiterschaft als Ausweg aus dieser Lage eine völkisch-nationalistische Perspektive?

Wenn uns heute schon keine aktuelle Klassenanalyse zur Verfügung steht, um genauer zu verstehen, warum wer von den Arbeiter:innen eine rechtsextreme Partei wählt, könnten uns vielleicht die von den NS-Forscher:innen in Anschlag gebrachten Berufs- und Branchengruppen weiterhelfen. Klaus Dörre stellt mit Sorge fest, dass so viele AfD-Wähler:innen aus dem Organisationsbereich der IG Metall kämen (2024, S. 2) – und eben nicht von ver. di, ließe sich hinzufügen. Bei genauerer Betrachtung ist das so verwunderlich nicht, befinden sich doch bei der IG Metall die Hochburgen traditioneller Industrieproduktionsstätten der letzten 100 Jahre, die ihre innovative Rolle gerade verlieren, weil sich die Unternehmen nicht auf die neuen, post-fossilen Anforderungen kapitalistischer Produktion eingestellt haben und/oder die Konkurrenz ihnen das Wasser abdreht. Den Arbeiter:innen, die einst so stolz waren, bei VW oder Krupp arbeiten zu dürfen, bleibt in dieser Situation nicht viel übrig von ihrer einst privilegierten Stellung, sie gehören eindeutig zur Gruppe der Verlierer:innen ihrer Klasse. Eine Entwicklung, die auf eine klimagerechtere Produktion setzt, bedroht sie, eine feministische Kultur stellt ihre traditionell-patriarchalen Werte infrage und der »Standort Deutschland« schützt sie nicht mehr zuverlässig. Eine zweite Arbeiter:innengruppe, in der sich AfD-Wähler:innen sammeln, sind Arbeiter:innen auf dem Land bzw. in Gemeinden geringer Größe.[10] Auch hier sind die Grünen und die Linken das Hassobjekt, nicht weil es – wie etwa in Brandenburg – den häufig AfD wählenden Handwerkern und Arbeiter:innen in kleinen Betrieben so schlecht gehen würde, sondern weil unter ihnen die berechtigte Angst umgeht, nicht zu den Gewinner:innen einer globalisierten Welt mit offenen Grenzen zu gehören; Veränderungen bedrohen ihre gewohnte Lebensweise und neue Technologien stellen ihre alten Fertigkeiten infrage. Wenn die AfD Angebote macht, solche Entwicklungen mit völkisch-nationalistischem Ausgang zu stoppen, so ist das nicht einfach nur Populismus, keine hinterlistige Verführung, sondern ein reales Angebot für reale Bedürfnisse und Interessen.[11]

Worauf Arbeiterinnen stolz sein könnten

In einem »Ehrverlust« von Arbeiter:innen, die sich sozial abgewertet und ungerecht behandelt fühlen, deren Lebens- und Geschlechterentwürfe medial nicht mehr genügend gewürdigt werden, erkennt Dörre den Schlüssel für die »überdurchschnittliche Sympathie in der Arbeiterschaft« für rechtsradikale Parteien in Deutschland.[12] Aber was ist das für eine »verlorene Ehre der Arbeiter«? Und ist es tatsächlich Aufgabe einer emanzipatorischen Betriebs- und Gewerkschaftslinken, den alten Zustand wieder herzustellen? Müssten linke Betriebsaktivist:innen einem auf konservativ-reaktionären Vorstellungen beruhenden Arbeitsethos nicht jede Unterstützung verweigern? Geht es tatsächlich um die Wiedererlangung einer auf fossilen Industrien und deutschem Exportweltmeister-Standortvorteil begründeten Würde? Ist der Kampf gegen Massenentlassungen in VW-Werken mit der Erinnerung an die stolzen Traditionen eines familiären Zusammenhalts von Unternehmer und Belegschaft zu führen?[13] Oder müssten Strategien gegen den Zulauf zu völkisch-nationalistischen Angeboten dem nicht einen Stolz entgegensetzen, der auf einem ganz anderen Selbstbewusstsein beruht? Das wirft die Frage nach dem Charakter zukunftsorientierter »Gegenstrategien« auf.

Eine konfliktorientierte Tarif- und Betriebspolitik, der Kampf um mehr echte demokratische Mitbestimmung in den Betrieben, um betriebliche Räume für Diskussionen und Meinungsbildung, um die Wiederbelebung von politischer Bildung in den Gewerkschaften, namentlich einer radikal kapitalismuskritischen, wie Klaus Dörre und andere fordern – das alles sind wichtige Bausteine, um der »Entpolitisierung« in Betrieben und Gewerkschaften entgegenzuwirken. Denn die Erfahrungen von tatsächlicher Mitbestimmung und Erfolgen in der Auseinandersetzung mit dem Unternehmer verringern das Gefühl der Ohnmacht und stärken vor allem jene Beschäftigten, die sich politisch macht- und einflusslos fühlen. Aber der »verlockenden« rechtsnationalen Perspektive eines für deutsche Arbeiter gesicherten Arbeitsplatzes in einer fossilen Industrieproduktion ist damit noch nicht begegnet.

»Was anderes bauen als Autos«[14]

Diese von linken VW-Betriebsaktivist:innen aufgestellte Forderung ist inzwischen zurecht zum Synonym für eine neue emanzipatorische Industriepolitik geworden – die leider von den Gewerkschaftsvorständen nicht mitgetragen wird; aber das ist eine andere Debatte. Was für die Autobauer auf der Hand zu liegen scheint, gilt für andere Industrien gleichermaßen: Sie benötigen angesichts der Klimaerwärmung alle ihre jeweilige »Verkehrswende«, hin zu Produkten, mit denen der gesellschaftliche Bedarf ins Zentrum rückt. Für die VW-Arbeiter:innen hieße das, sich mit einem Konzept anzufreunden, das nicht mehr auf Autos, sondern z.B. auf Straßenbahnen setzt. Lars Hirsekorn, der hier zitierte Betriebsrat bei VW in Braunschweig, sagt, dass von der Idee, auf Straßenbahnen umzusteigen, etwas schon in der Belegschaft hängengeblieben sei, zumal sie als Gewerkschafter immer zugleich auch den Kampf um Arbeiterrechte führen würden. Aber so einfach sei diese Aufklärungsarbeit nicht, denn es wäre ja schließlich ein ganzes »Weltbild«, das sie »mit Füßen treten« würden, wenn nicht mehr der Mega-SUV ihr ganzer Stolz sein soll.[15]

Dass der Kampf für eine neue emanzipatorische und nachhaltige Industriepolitik zugleich auch mit dem Kampf für eine solidarische Absicherung der Lohnabhängigen verbunden sein muss, versteht sich für Lars Hirsekorn von selbst. Und dass sich die Idee von einer neuen Vergesellschaftung der Produktion nur gemeinsam mit anderen Lohnabhängigen durchsetzen lässt, dass also eine Spaltung von Kopf- und Handarbeiter:innen, von Produktions- und Dienstleistungsarbeiter:innen das Ende eines solchen Projektes bedeutete, gehört ebenfalls zum Einmaleins linker Gegenstrategien.

Die Debatte darüber, wie eine linke Strategie und Taktik gegen den mit Sicherheit noch größer werdenden Zulauf zu rechtsextremen Vorstellungen, auch unter Arbeiter:innen, aussehen sollte, hat gerade erst begonnen.[16] Über ihren Erfolg entscheidet letztlich, ob es gelingt, eine realistische Alternative zur völkisch-nationalistischen Perspektive zu entwerfen.

** Renate Hürtgen ist Historikerin, im AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West und im Haus der Demokratie und Menschenrechte sowie in verschiedenen Basisgruppen aktiv.*

Näheres zu den Aktivitäten des AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West unter: https://geschichtevonuntenostwest.org/blog-e-und-g/

Anmerkungen:

1 *Anton Jäger: Warum gewinnen rechtsradikale Parteien quer durch Europa Stimmen aus der Arbeiterklasse? RLS Hintergrund, 16.10.2024, https://www.rosalux.de/news/id/52626/rechtsruck-von-unten*

2 *»In diesem Modell ziehen sich die beiden extremen Enden des politischen Spektrums an oder ergänzen sich sogar und bewegen sich wie Magnete aufeinander zu. Man unterstellt, dass rechts ist wie links, rechtsextrem wie linksextrem und dass beide für Gewalt und gegen den Verfassungsbogen des demokratischen Zentrums oder der demokratischen Mitte sind.« Hajo Funke, zitiert in: https://www.n-tv.de/politik/Extremismus-links-ist-nicht-gleich-rechts-article21584203.html.*

3 *Jäger verweist auch auf die Gefahren einer populistischen Interpretation der neuen extremen Rechten wie sie in den Begriffen »Le-Pen-Linke« und »rot-braune Politik« zum Ausdruck kämen. Ebenda, S. 2.*

4 *Die »linke Energie, rechts gewendet«, hätte es Karl Korsch 1941 formuliert. »Nur zu gern würde man Karl Korsch glauben, dass sich hinter der Maske der Reaktion noch ein potenziell emanzipatorisches Profil verbirgt, das auf den Ruinen der Arbeiterbewegung erneut ein linkes Gebäude errichtet werden könnte«, Jäger, 2024, S. 1.*

5 *Richard Detje, Dieter Sauer, Ursula Stöger, Hilde Wagner: Die AfD eine »Arbeiterpartei« ohne betriebliche Basis?«, Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Dezember 2024, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/afd-in-arbeiterschaft/*

6 *Klaus Dörre: Die verlorene Ehre der Arbeiter. Wie Populisten die Problemrohstoffe der Gesellschaft ausnutzen, bpb, 20.11.2024 https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/556662/die-verlorene-ehre-der-arbeiter/*

7 *Selbsteinschätzungen seien schon darum unbrauchbar, weil der »Mythos Mitte« dazu führe, dass Arbeiterinnen und Arbeiter gern dazu gehören wollten. Klaus Dörre 2024, S. 2.*

8 *Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP. Werner Conze zum 60. Geburtstag gewidmet, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte Jahrgang 19 (1971) Heft 2, S. 124-159.*

9 *Jürgen W. Falter: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919 – 1945, Frankfurt/New York, 2020, S. 219.*

10 *Vgl. Renate Hürtgen: Rot-lila ist das neue Schwarz. Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, in: express 10/2024, S.11-12, sowie: Dieselbe, in:* express *11/2024, S. 9. Dass Rechtsextremismus im Osten besonders stark vertreten ist, liegt weniger an der »dreifachen Abwertung« (Dörre), sondern daran, dass hier vor allem jener Arbeitertypus lebt, der entweder in niedergehenden fossilen Industrien arbeitet oder/und auf dem Land in kleinen Gemeindegrößen.*

11 *Dörres Antwort dagegen läuft auf die Charakterisierung der Rechtsextremen als Populisten hinaus, die sich volksnah geben und mit »Scheinrevolten« locken. Dörre 2024, S. 2. Problematisch finde ich auch, die AfD »zum legitimen Adressaten von Ängsten, die in Wut umschlagen«, zu erklären. Wenn wir die Wahl einer völkisch-nationalistischen Perspektive zulässig und berechtigt finden, wird jeder Kritik der Boden entzogen. Vgl. Dörre 2024, S. 6.*

12 *Dörre 2024, S. 6. Alles, »was das Arbeiterleben eigentlich lebenswert« mache, würde zerstört. Ebd., S. 5.*

13 *»Das Unternehmen ist mehr als eine Autofabrik – es ist eine Familie, die für Stolz, Aufstieg und Integration steht«, Daniela Cavallo, BR-Vorsitzende bei VW, 20. November 2024, zitiert in: Stephan Krull, Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze,* express *12/2024, S. 1.*

14 *»Was anderes bauen als Autos«. Betriebsrat Lars Hirsekorn kämpft für die Rechte der VW-Beschäftigten und für die Verkehrswende, in:* nd Die Woche, *Nr. 285, 7./8. Dezember, S. 32.*

15 *Ebd.. Siehe auch: «Hey, wir müssen was anderes bauen!« Diskussion zum Film »Verkehrswendestadt Wolfsburg«,* express *12/2024, S. 4-5.*

16 *Vgl. die interessanten, auch zum Widerspruch anregenden, Forschungsergebnisse von Thomas Lux und Linus Westheuser: Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass? FES diskurs, Berlin 2024. sowie Torsten Bewernitz: Das Sein bestimmt das Wahlverhalten? Soziale Klasse und politische Lage: Anmerkungen zu »Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung«,* express *12/2024, S. 9/10.*

Antipasti

Kriminelle Kurierdienste?

Anfang Dezember 2024 wurde ein Schreiben der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) bekannt, das dann im Nachhinein vom Finanzministerium als Verschlusssache deklariert wurde: In dem Bericht werden Strukturen organisierter Kriminalität in der Kurier-, Express- und Paketbranche beschrieben. Zwischen den Zeilen plädiert die FKS für ein Verbot des Subunternehmertums, denn dieses sei durch die Verschleierung von Beschäftigungsverhältnissen dafür verantwortlich, dass die Arbeiter:innen oft keinem Arbeitgeber zugeordnet werden könnten (siehe exemplarisch das Interview von Nikolai Huke mit Christoph Cramer auf S. 9). Ein solches Verbot in den Postdienstleistungen war bislang von der FDP blockiert worden. Warum das Finanzministerium den Bericht zu einer Verschlusssache erklärt hat, ist unklar, es begründet dies abstrakt mit einem möglichen Schaden für die Interessen Deutschlands, erklärt aber nicht, wie dieser entstehen könnte. *(table media)*

Steht die EU-Mindestlohnrichtlinie vor dem Aus?

Die im Oktober 2022 verabschiedete EU-Richtlinie über Mindestlöhne soll gewährleisten, dass in den Mitgliedsstaaten angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dazu werden vor allem die Rahmenbedingungen geregelt, unter denen gesetzliche Mindestlöhne festgelegt und aktualisiert werden. Weiterhin werden EU-Staaten, in denen weniger als 80 Prozent der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt sind (in Deutschland beträgt der Anteil rund 50 Prozent), dazu angehalten, ihre Tarifbindung zu steigern. Eine verpflichtende Höhe des gesetzlichen Mindestlohns ist in der Richtlinie nicht enthalten und insofern ist sie vor allem von symbolischer Bedeutung – so jedenfalls die Einschätzung eines aktuellen Beitrags auf dem Verfassungsblog.

Dänemark und Schweden klagten vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Mindestlohnrichtlinie und forderten deren vollständige Annullierung. Begründet wurde diese Klage unter anderem damit, dass der Gesetzgeber mit der Richtlinie seine Kompetenzen überschritten habe, weil in der EU konkrete Regelungen zum Arbeitsentgelt ausgeschlossen seien. Der Generalanwalt des EuGH, Athanasios Emiliou, schloss sich dieser Auffassung an: Die Mindestlohn-Richtlinie ziele unmittelbar auf die Gestaltung von Mindestlöhnen, der relativ geringfügige Charakter der Eingriffe mache in dieser Hinsicht keinen Unterschied. Die Entscheidung durch das EuGH wird in einigen Monaten erwartet. *(verfassungsblog.de)*

Unternehmen in Missouri gegen Anhebung des Mindestlohns

Wirtschaftsverbände aus Missouri gaben am 9. Dezember 2024 bekannt, dass sie Klage gegen ein Gesetz eingereicht haben, das den Mindestlohn im Bundesstaat anhebt und Arbeitgeber zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verpflichtet. Das Gesetz war im November von den Wähler:innen mehrheitlich angenommen worden.

Das Gesetz sieht die Anhebung des Mindestlohns von derzeit 12,30 Dollar pro Stunde auf 13,75 Dollar im Jahr 2025 und auf 15 Dollar im Jahr 2026 vor. Ab Mai dieses Jahres erhalten Arbeiter bis zu sieben bezahlte Krankheitstage pro Jahr.

Vertreter:innen der Mindestlohn-Kampagne warfen den Unternehmen vor, dass sie den Willen der Wähler:innen auszuhebeln versuchten. »Die Arbeiterklasse von Missouri ist am 5. November zusammen mit ihren Verbündeten an die Wahlurnen gegangen und hat sich in einer freien und fairen Wahl mit überwältigender Mehrheit für bezahlte Krankheitstage und faire Löhne ausgesprochen«, sagte Terrence Wise von der Kampagne Fightfor15. »Ich finde es widerlich, dass die Unternehmen versuchen, uns den Sieg zu nehmen und den Willen der Wähler:innen zu unterdrücken.«

Die Wirtschaftsverbände forderten den Obersten Gerichtshof von Missouri auf, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären. Begründet wird dies in der Petition mit »Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und schwerwiegenden Verstößen gegen die Verfassung.« *(ap)*

»Lohn geklaut, Vertrauen gebrochen, jetzt reicht's!«

Wie studentische Beschäftigte an der Universität Passau Tarifbindung einfordern*

An der Universität Passau gibt es etwas mehr als 650 studentische Beschäftigte. In ihrem Beschäftigungsverhältnis wird die schuldrechtliche Vereinbarung aus der Tarifrunde der Länder 2023 angewendet, die durch die TVStud-Kampagne erkämpft wurde (*express* 1/2024, S. 9). Doch knapp 200 dieser Beschäftigten üben nicht-wissenschaftliche Tätigkeiten aus und fallen damit in den Geltungsbereich des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Diesen wendete die Universität Passau bisher nicht an und beging damit Tarifflucht.

Zaghaftes Beginnen gewerkschaftlicher Aktivitäten

Unter den studentischen Beschäftigten an der Universität Passau war das Thema nicht unbekannt, denn an der Universität Regensburg kämpften Kolleg:innen erst 2018 für die Einhaltung des Tarifvertrags im Falle der Beschäftigung in der Universitätsbibliothek (*Süddeutsche Zeitung*, 15. November 2018). Nachdem die Universität Regensburg lediglich die Geltendmachungen von Gewerkschaftsmitgliedern annahm, wurden die Jobs kurzerhand an ein externes Unternehmen outgesourct. Trotz medialer Aufmerksamkeit und räumlicher Nähe fand die Forderung an der Universität Passau keine Nachahmer:innen.

Erst mit Beginn der bundesweiten TVStud-Kampagne 2021 fand sich an der Universität Passau langsam ein Kreis gewerkschaftlicher organisierter studentischer Beschäftigter zusammen. Bereits zur Tarifrunde der Länder 2023 war die Tarifflucht den Aktiven bekannt, denn die meisten von ihnen arbeiteten selbst in den Lesesälen oder der Verwaltung. Sie übten also nicht-wissenschaftliche Tätigkeiten aus. Jedoch bestand die Hoffnung, dass mit dem Erkämpfen eines TVStud die Tarifflucht der Geschichte angehören wurde. Daher wurde die strategische Entscheidung getroffen, statusgruppenübergreifend für die Streiks in der Tarifrunde zu mobilisieren und die Tarifflucht zunächst nicht separat anzugehen. Über verschiedene Beschäftigungsgruppen hinweg fanden nachhaltig verbindende Aktionen statt, die an der Universität Passau eine erstmalige Grundlage für weitere gewerkschaftliche Tätigkeiten darstellte.

Tarifbindung jetzt!

Nachdem eine Tarifierung der studentischen Beschäftigten nicht gelang, stand fest, dass nicht-wissenschaftliche studentische Beschäftigte ihre Tarifbindung endlich selbst einfordern müssen. Die Aktiven eigneten sich im Rahmen der bundesweiten TVStud-Kampagne ein Grundwissen zur Thematik an und suchten Kolleg:innen, die bereit waren, ihre Geltendmachung einzureichen. Nach anfänglichen Unsicherheiten fanden sich dafür nach und nach Kolleg:innen. Im Sommersemester wurde in Versammlungen studentischer Beschäftigter darüber informiert, was Tarifflucht ist und wie sie von der Universität Passau praktiziert wird. Durch Aktionen wie eine Unterschriftenaktion und einem offenen Brief der Hochschulgruppen an den Universitätspräsidenten wurde zudem Aufmerksamkeit geschaffen und die Tarifflucht öffentlich skandalisiert. Nach wenigen Wochen konnte Anfang Juni 2024 mit der Universitätsleitung eine Einigung getroffen werden, nach der die Eingruppierungen sechs bis neun Monate später vorgenommen werden sollen.

Nach dem ersten Erfolg wurden jedoch die in der Einigung vereinbarten Gespräche mit gewerkschaftlichen Vertreter:innen für den Oktober 2024 nicht eingehalten und auch der Personalrat zeigte sich ratlos. Kurzerhand initiierten die Aktiven den offenen Brief »Lohn geklaut, Vertrauen gebrochen, Jetzt reicht's!«, der am 25. November 2024 an den Kanzler der Universität Passau übergeben wurde. Zu den Erstunterzeichnenden gehörte unter anderem Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW. Als Reaktion gab es wenige Wochen später Gespräche mit den betroffenen Beschäftigten, in denen einem Teil gesagt wurde, dass sie vermutlich nicht weiter beschäftigt werden können. Die große Verunsicherung, die dadurch bei den Beschäftigten ausgelöst wurde, wurde durch die GEW öffentlich zum Ausdruck gebracht. Besonders brisant war, dass es in manchen Gesprächen zwischen den studentischen Beschäftigten und ihren direkten Vorgesetzten zu einer Abfrage der Gewerkschaftsmitgliedschaft kam. Zeitgleich zur öffentlichen Skandalisierung der auslaufenden Verträge gab es dann die erlösende Nachricht, dass für die betroffenen Beschäftigten Planstellen geschaffen wurden und sie nun unbefristet beschäftigt werden können. Ob die Universität ihr Versprechen hält, dass auch die weiteren Verträge bis zum 1. April 2025 umgestellt werden, wird die Zeit zeigen.

** Lea Dahms studiert und arbeitet an der Universität Passau. Sie ist studentisches Mitglied im Landesvorstand der GEW Bayern.*

Ausgesteuert

Robocar-Unternehmen Jiyue stellt Produktion ein, tausende Beschäftigte kämpfen erfolgreich um ihre Rechte – Forum Arbeitswelten China und Deutschland*

Jiyue Automobile, das Unternehmen, das einst als aufsteigender Stern in der Branche der neuen Elektrofahrzeuge galt und zuletzt selbststeuernde Prestige-Autos wie das Robocar X produziert hatte, gab Mitte Dezember überraschend seine Auflösung bekannt. Tausende Arbeiter:innen an Standorten in Shanghai, Peking und Wuhan starteten daraufhin am Donnerstag, den 19. Dezember 2024, eine Aktion zur Verteidigung ihrer Rechte und forderten, dass das Unternehmen seine ausstehenden Beiträge zur Sozialversicherung, Krankenversicherung und zum Wohnungsvorsorgefonds sowie eine angemessene Abfindung zahlt. In der Zentrale in Shanghai wählten hunderte von Mitarbeiter:innen die Strategie des »Beobachtens« und belagerten das Büro des Vorstandsvorsitzenden Xia Yiping, da sie befürchteten, dass der CEO ins Ausland fliehen könnte. Berichten zufolge kündigte Jiyue Automobile dann in der Folgewoche an, die Belegschaft aufzulösen, Löhne und Gehälter, Sozialversicherungs- und Vorsorgegelder nicht mehr auszuzahlen und die Abfindungen für die Beschäftigten auf Februar des nächsten Jahres zu verschieben. Dieser Schritt löste unter den Beschäftigten große Unzufriedenheit aus, und die Jiyue-Beschäftigten in Shanghai, Peking und Wuhan starteten Aktionen zum Kampf um ihre Rechte.

Vor allem am Hauptsitz in Shanghai hielten hunderte von Arbeiter:innen den Vorstandsvorsitzenden Xia Yiping umringt und forderten, dass das Unternehmen die Zahlungen an die Sozialversicherung und den Pensionsfonds nachholt und die Mitarbeiter entschädigt. Xia Yiping räumte ein, dass sich das Unternehmen in ernsten finanziellen Schwierigkeiten befinde, betonte aber gleichzeitig, dass es nicht geschlossen worden sei und sich weiterhin aktiv um eine Finanzierung bemühe. Eine klare Lösung und einen Zeitplan für die Forderungen der Beschäftigten nannte er jedoch nicht. Darüber hinaus zeigten sich die Beschäftigten sehr unzufrieden darüber, dass der Elektronikkonzern Baidu und der Autohersteller Geely, die beiden Hauptaktionäre ihres Joint Ventures Jiyue Automobile, nicht rechtzeitig eingegriffen hätten, um das Problem zu lösen. Einige Beschäftigte, die die Aussichten des Unternehmens pessimistisch einschätzen, entschlossen sich, ihre Büroausstattung mit nach Hause zu nehmen, in der Hoffnung, ihre Verluste ausgleichen zu können. In den frühen Morgenstunden des Freitags versprachen Baidu und Geely dann, die soziale Absicherung der Beschäftigten zu begleichen, wiesen aber auch darauf hin, dafür im Dezember nicht aufkommen zu können.

Selbst schwangere oder stillende Angestellte hätten die Konsequenzen selbst tragen müssen, wenn sie ihre fünf Versicherungen und einen Fonds verloren hätten. (...) Die Beschäftigten riefen zur Geschlossenheit auf, gingen abwechselnd zur Zentrale, um sie zu bewachen, und übten weiter Druck auf das Unternehmen aus, um für die ihnen zustehenden Leistungen und Entschädigungen zu kämpfen.

Nach acht Tagen des Kampfes errangen sie einen Erfolg: Am Nachmittag des 19. Dezember gab Shanghai Jiyue den endgültigen Abfindungsplan bekannt, und die Beschäftigten erhalten die ihnen gesetzlich zustehende Abfindung, die Dezemberlöhne und ihre Beiträge zu den Sozialversicherungen.

Nachtrag des express*: Das Unternehmen ist mittlerweile eingestellt.*

** Quelle: Blog des »Forum Arbeitswelten« (Redaktion: Karsten Weber): https://www.forumarbeitswelten.de/blog/arbeitskampfe-in-der-chinesischen-autoindustrie/, Beitrag vom 23. Dezember 2024; eigene Recherchen*

Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen, Teil 2

»Tu schön artig das, was ich von dir verlange – oder du musst zurück in dein Herkunftsland«

Nikolai Huke* im Gespräch mit Christoph Cramer (Berater im cuba – Beratungsstelle Arbeit)

»Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen«

In der Reihe »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen« stellt Nikolai Huke Interviews rund um das Thema Arbeitsrechtsverletzungen und den Umgang damit vor. Die Gespräche wurden zum einen mit betroffenen Beschäftigten geführt, zum andern mit verschiedenen Beratungsstellen (Faire Mobilität, Faire Integration, Beratungsstellen Arbeit NRW). Entstanden sind die für den *express* journalistisch bearbeiteten Texte im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts, das durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Wer über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen des Projekts informiert werden möchte, kann sich unter https://lists.uni-hamburg.de/mailman/listinfo/arbeitsrechte-prekaer.wiso in einen Newsletter eintragen.

Die Beratungsstellen Arbeit in Nordrhein-Westfalen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes gefördert. Ein Schwerpunkt der Beratungsarbeit ist Arbeitsausbeutung. Die Beratungsstelle Arbeit im cuba (ehemals cuba-Arbeitslosenberatung) in Münster entspringt der Bewegung von Selbstorganisation und Selbsthilfe. Sie bietet Unterstützung für arbeitslose bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen und Menschen in schwierigen Arbeitsverhältnissen an.

Nikolai Huke: Welche Arbeitsrechtsverletzungen sind in eurer Beratungsarbeit typisch?

Christoph Cramer: Beispielsweise Probleme mit der Arbeitszeiterfassung: Das ist ja Pflicht, funktioniert aber häufig nicht transparent für die Arbeitnehmer:innen. Bei elektronischen Systemen wird zum Beispiel der Zugang für Arbeitnehmende teilweise einfach gesperrt, wenn die Person gekündigt wird. Teilweise ist auch intransparent, wie die Zeiten eingetragen werden. Ich kann mich an ein Verfahren erinnern, wo ein Installateur in einer Zehn-, Zwölf-Mann-Bude gearbeitet hat. Er war der einzige Migrant, alle anderen waren ›deutsch‹. Und ihm ist immer eine Stunde weniger aufgeschrieben worden vom Chef, das konnte der Arbeitnehmer belegen, dadurch, dass seine Kolleg:innen einfach sehr kollegial waren und ihre Stundenzettel ausgehändigt haben. Mit diesem Missverhältnis ist er dann zum Arbeitsgericht gegangen und hat gesagt: »Mein Chef ist ein Rassist. Ich habe ihn jetzt ein paar Mal darauf angesprochen und er hat gesagt, das wäre einfach so, ich könnte ja woanders hingehen. Das tue ich jetzt auch, aber vorher soll er mir die geleisteten Stunden nachträglich bezahlen.« Das war ein angesehenes Unternehmen hier in Münster.

In der Gastronomie erleben wir häufiger, dass es aus Sicht der Arbeitnehmenden keine richtige Arbeitszeiterfassung gibt: »Mein Chef schreibt das immer auf«. In der Gastro arbeiten zum Beispiel viele Menschen, die in irgendeiner Form migrantisiert sind. Als Kund:in nimmt man das häufig gar nicht wahr, weil die Menschen beispielsweise in der hintersten Ecke in der Küche arbeiten. Sie machen dort einen hammerharten Job, werden systematisch verarscht und ausgebeutet, das kann man nicht anders sagen. Ich komme hier in Münster keine hundert Meter weit, ohne an einem Betrieb vorbeizukommen, bei dem ich sagen kann: Hier wird ausgebeutet, da wird verarscht. Das ist völlig unabhängig, ob das eine Kebab-Bude ist oder irgendwie ein Fünf-Sterne-Restaurant – wobei: das gibt es, glaub ich, in Münster gar nicht, egal. Was ich meine, ist: Es ist egal, ob es einen biederen, ökonomisch ausgeglichenen Eindruck macht oder runtergekommen ist, das findet einfach überall statt.

Ein anderes Problem sind nicht durchdringbare Lohnabrechnungen. Mit teilweise bis zu fünf Abrechnungen pro Monat, die aber nicht in einem Monat ausgestellt werden, sondern es gibt eine Abschlagszahlung, die ist fast immer gleich und dann gibt es eine Nachberechnung Eins, Nachberechnung Zwei, Nachberechnung Drei, teilweise viele Monate später, und dort wird etwas abgezogen oder zugezählt und in Rechnung gestellt. Es ist wirklich undurchsichtig. Wir haben Verfahren

im Arbeitsgericht begleitet, wo die Richterin oder der Richter dort gesessen hat und gesagt hat: »Okay, Arbeitgeber, erklären Sie mir das bitte.« Ausflüchte: »Mein Steuerbüro ist jetzt nicht da, darauf bin ich nicht vorbereitet.« Das hat System und das ist beispielsweise in der Leiharbeit ganz krass oder in der Reinigungsbranche. Es ist sehr selten, dass die Leute ihre Zeit selbst erfassen.

N.H.: *Wodurch ist es Arbeitgebern möglich, Arbeitsrechte systematisch zu verletzen?*

C.C.: Viele Menschen, die neu sind in Deutschland, haben eine hohe Leistungsbereitschaft, unabhängig von ihrer gesundheitlichen Situation. Viele, die als Geflüchtete über die klassischen Fluchtrouten gekommen sind, sind psychisch stark belastet. Sie wollen aber trotzdem was leisten, sich eine Existenz aufbauen oder überhaupt erstmal ihren Aufenthalt sichern. Häufig muss auch das Überleben der Familie hier oder im Herkunftsland gesichert werden. Einige Arbeitgeber sind darauf spezialisiert, genau diese Arbeitskräfte anzufragen und zu nehmen. Fürs Putzen muss man nicht die deutsche Sprache sprechen. Für andere Hilfstätigkeiten etwa in der Küche auch nicht. Das sind einfache Anlerntätigkeiten, die aber körperlich sehr anspruchsvoll sind.

Man kann diese Leistungsbereitschaft sehr gut ausbeuten, indem ein kollegiales Miteinander dargestellt wird. Wenn es möglicherweise einen muttersprachlichen Kontakt gibt, etwa dass der Chef dieselbe Muttersprache spricht. Und die Leute fühlen sich angenommen und sind bereit, ganz viel Negatives hinzunehmen, weil sie gutgläubig sind und denken, nein, mir kann ja hier nichts passieren, das ist ja hier alles ganz super. Ich erinnere mich an Kurierfahrer, bei denen der Chef gesagt hat: »Wir bauen hier gerade die Firma auf. Toll, dass du mit dabei bist. Toll, dass du einen Führerschein hast, der in Deutschland gilt. Hier ist die Tankkarte, damit kannst du deutschlandweit überall tanken.« Der erste Lohn wurde ganz ordnungsgemäß abgerechnet und dann fing die Geschichtenerzählerei an: »Wir haben ein Problem, mein Schwager, meine Familie. Kannst du die Kosten für das Tanken vielleicht vorstrecken? Wir haben gerade einen Engpass.« Die Leute machen das, weil sie loyal und gutgläubig sind. Sie sind bereit, das über Monate zu tun, also auf Gehalt zu verzichten, das Unternehmen zu subventionieren, sich das Geld dafür teilweise überall zu leihen. Dadurch sind sie irgendwann krass überschuldet. Am Ende wird das Unternehmen dann ohne Insolvenz einfach abgewickelt, gehört auf einmal dem Bruder oder dem Cousin oder dem Wem-auch-immer des Arbeitgebers. Es gibt kein Insolvenzgeld und es gibt quasi nichts, was die Leute dagegen tun können. Das gibt es nicht nur im Kurierwesen, sondern auch in anderen Bereichen.

N.H.: Sind Arbeitsrechtsverletzungen für Arbeitgeber mit einem finanziellen Risiko verbunden?

C.C.: Die Arbeitgeber wissen, dass die Menschen arglos und schon auch hilflos sind, weil sie mit dem Recht, der Sprache nicht vertraut sind, nicht wissen, wo sie Hilfe bekommen können. Teilweise gibt es die Erfahrung, dass es besser ist, nicht zu einer Behörde, zur Polizei oder zum Gericht zu gehen. Und um eine Beratungsstelle wie uns zu finden, die auch Dolmetscher:innen anbieten kann, muss man erstmal wissen, dass es so etwas gibt. Arbeitnehmer:innen, die es tatsächlich schaffen, zu uns oder zu einer anderen Beratungsstelle zu kommen, und die sich dann trauen, in ein Arbeitsrechtsverfahren einzusteigen, haben sehr gute Chancen, Geld oder Vergleichbares vom Arbeitgeber zu bekommen. Der Arbeitgeber kann das aber häufig in Kauf nehmen: Der hat beispielsweise als Gastronomiebetrieb 30 bis 40 Leute, die für ihn arbeiten. Zwei davon gehen vor das Arbeitsgericht. Er hat keine Anwaltspflicht, das heißt, er kann da selber hingehen oder kann das einfach aussitzen und gar nicht erst hingehen. Er weiß vielleicht auch: Selbst wenn es dann ein vollstreckbares Urteil gibt, wo es um 1.000 bis 2.000 Euro geht, die muss der Arbeitnehmer am Ende erstmal durchsetzen. Ein positives Urteil zu bekommen ist relativ leicht, aber ein Zwangsvollstreckungsverfahren als Nicht-Deutschsprechender zu betreiben – und das ist notwendig, um Geld zu erhalten, wenn der Arbeitgeber trotz Urteil nicht zahlt – ist nahezu unmöglich. Es gibt deshalb Arbeitgeber, die sitzen das einfach aus. Das Risiko ist also gering, wenn überhaupt vorhanden. Das wissen Arbeitgeber.

N.H.: Welche Rolle spielt das Aufenthaltsrecht im Rahmen eurer Arbeit?

C.C.: Es gibt einen relativ großen Kreis von Migrant:innen, bei denen der Aufenthalt in Deutschland an Arbeit geknüpft ist. Sie haben die Pflicht, gegenüber dem Staat nachzuweisen, dass sie eine Arbeit haben, mit der sie ihr Leben selbst finanzieren können. Davon kann man teilweise auch ein paar Monate abweichen und sagen: »Temporär habe ich keine Arbeit«, aber grundsätzlich gibt das dem Arbeitgeber einen mächtigen Hebel in die Hand. Er kann sagen: »Tu schön artig das, was ich von dir verlange – oder du musst zurück in dein Herkunftsland.« Leute kommen zu uns, sitzen hier, weinen, sind richtig sichtbar krank und sagen: »Ich war gerade bei meinem Arbeitgeber, ich habe eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung abgegeben, die hat er in der Luft zerrissen, dann hat er mich am Arm gepackt, hat mich rausgeschmissen, hat mir nachgerufen: ›Du gehst sofort zu deiner Einsatzstelle arbeiten oder brauchst morgen nicht wieder kommen, dann kannst du schon mal die Koffer packen.‹« Das ist natürlich ein massiver Rechtsbruch des Arbeitgebers, angefangen mit mangelnder Fürsorgepflicht über Nötigung bis hin zu Körperverletzung.

* *Nikolai Huke leitet an der Universität Hamburg das Forschungsprojekt »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen«.*

»Es ist nicht alles Gold…«

Überlebenskünstler und Tote in Südafrikas Minen – von Simone Knapp*

Rund acht Millionen Menschen sind laut offizieller Statistik in Südafrika im sogenannten informellen Sektor beschäftigt[1] und nur etwas mehr als doppelt so viele (rund zehn Millionen) haben eine formale Beschäftigung. Viele von ihnen sind kleine Händler:innen am Straßenrand, an Bushaltestellen oder sonstigen Knotenpunkten in Städten. Oder es handelt sich um Hausangestellte, Gärtner, Familienangehörige in kleinen Betrieben. Selten jedoch denken wir dabei an Minenarbeiter. Doch gerade diese machen im südlichen Afrika durchaus einen großen Teil des informellen Sektors aus und ihr Schicksal wird besonders dann in den lokalen Medien aufgegriffen, wenn über Unfälle in eigentlich verlassenen Schächten oder über fremdenfeindliche Übergriffe durch Bürgerwehren oder Polizei in Gemeinden mit aufgegebenen Minen berichtet wird.

Die südafrikanische Bergbauindustrie war eine der produktivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Doch inzwischen befindet sie sich im Sterben und hinterlässt 6.000 verlassene Minen, tausende von Arbeitslosen sowie Gegenden ohne Einkommensmöglichkeiten. Die verlassenen Minen sind zum Teil nicht adäquat gesichert, geschweige denn renaturiert. Man geht davon aus, dass die Sanierung von 230 Minen allein schon 70 Jahre dauern würde – ein zum großen Teil aus der Apartheid-Vergangenheit resultierendes, bis heute ungelöstes und stetig wachsendes Problem. Gleichzeitig hat Südafrika den Anschluss an das systematische Recycling von Bergbauabfällen verpasst. Heutige Methoden können etwa aus den Abraumhalden oder auch aus den aufgegebenen Schächten durchaus noch Metalle herausholen – vorausgesetzt, der Rohstoffpreis stimmt, wie etwa bei Gold.

Zama Zamas oder selbständige Schürfer?

Wenn hierzulande von sogenannten illegalen Bergleuten oder Goldsuchern[2] in Südafrika berichtet wird, etwa wie kürzlich über die unter Tage festsitzenden Männer in Stilfontein, dann sind die Begriffe nur schwer fassbar. Zama Zamas bedeutet in der Bantu-Sprache isiZulu »es immer wieder versuchen« oder auch »auf etwas wetten«. In der Regel sind es Männer, oft aber auch Kinder. Es gibt verschiedene, meist pejorative Bezeichnungen für unregulierte Bergleute. Die südafrikanische Nichtregierungsorganisation Bench Marks Foundation (BMF), die Anfang 2024 eine ausführliche Studie über diese Form des Bergbaus herausgebracht hat,[3] bezeichnet sie als Survival Miners – Bergbau als Überlebensstrategie –, um zu zeigen, dass diese Tätigkeit für viele Menschen als der einzige Ausweg zur Ernährung der Familie erscheint, auch wenn dieser extrem gefährlich ist.

Bergbau in Südafrika ist von Anfang an geprägt durch das Wanderarbeitersystem und damit auch durch die Apartheid. Südafrika wurde seit den 1950er Jahren aufgeteilt in rein weiße Gebiete – meist urbane Zentren, landwirtschaftlich profitable oder rohstoffreiche Gegenden – und sogenannte Homelands oder Bantustans, in die die schwarze Bevölkerung zwangsumgesiedelt und quasi aus Südafrika ausgesiedelt wurde. Zunächst waren hauptsächlich die Männer aus wirtschaftlicher Not heraus dazu gezwungen, entweder auf den weißen Farmen oder in den Bergwerken zu arbeiten, während die sogenannten Homelands für die Reproduktion der Arbeitskräfte zuständig waren. Die Arbeiter kamen aus der Transkei und Ciskei, die heute das Eastern Cape ausmachen. Oder aus den Königreichen Lesotho und Swasiland, in denen ebenfalls südafrikanische Rekrutierungsorganisationen tätig waren. Später dann auch aus Mosambik und Simbabwe. BMF schätzt, dass etwa 70 Prozent der heutigen Survival Miners aus den umliegenden Staaten auf der Suche nach Arbeit ohne Papiere nach Südafrika eingereist sind.[4] Doch in der Vertriebskette sind auch viele Südafrikaner:innen involviert, oft in der Verarbeitung und im Verkauf. Der Abbau von hauptsächlich Gold, Eisenerz, Kohle und Mangan erfolgt weitgehend in Handarbeit, die Methoden erinnern an das 19. Jahrhundert.

Medien und Politik weigern sich, den Zusammenhang zwischen der Entwicklung dieses Überlebensbergbaus und dem Zusammenbruch des Systems billiger Arbeitsmigranten, dem Niedergang des industriellen Bergbaus, der Stilllegung von Minen und der Entlassung von Arbeitern herzustellen. Da erscheint es einfacher, Survival Mining zu kriminalisieren, anstatt sich Gedanken über eine Regulierung zu machen.

Die Minengesellschaften und Bergbauunternehmen halten sich ihrerseits nicht an die gesetzlichen Vorgaben, etwa Unterkünfte für die Bergleute zu bauen. Oft werden Pensionen nicht ausgezahlt, oder staatliche Stellen verschwenden kaum Energie darauf, Berechtigte in Lesotho oder Simbabwe aufzuspüren. Auch Versicherungen verschleppen ihre Auszahlungen bei Berufskrankheiten oder Unfällen. So kommen Arbeiterfamilien in Not und Survival Mining ist der letzte Ausweg.

Lieferketten

Manche Survival Miners haben Vereinbarungen mit Sicherheitsleuten, die oft aus KwaZulu Natal stammen. Lokale Taxifahrer übernehmen den Transport zu den Aufkäufern, wie etwa Altmetallhändlern, Syndikaten oder auch Polizeibeamten.

BMF fand anhand vieler Interviews und Recherchen im Goldsektor drei verschiedene Vertriebswege. Bei dem ersten schickt ein Aufkäufer einen Zwischenhändler zu den Bergleuten, um für eine bestimmte Summe Gold einzukaufen. Der Aufkäufer wiederum verkauft dann an offizielle Händler, womit das Metall legalisiert wird und in den internationalen Handel gelangen kann. Wenn wie im zweiten Fall Syndikate im Spiel sind, werden die Bergleute mehr oder weniger informell angestellt und erhalten Schutz, Transport und Lebensmittel – dafür müssen sie 50 Prozent ihres Gewinns abtreten. Hinter dem Syndikat stecken oft junge Bergbauunternehmen mit wenig Investitionskapital, die auf diesem Weg Zugang zum Markt erhalten. Sie haben keine eigenen Minen, können jedoch den Rohstoff weiterverarbeiten. Bei der dritten Variante werden in offiziellen Minen inoffizielle, viel schlechter bezahlte Bergleute eingeschleust, die zum Teil über Wochen im Untergrund leben und arbeiten. Nicht nur bekommen sie meist weniger als die Hälfte ihrer formal angestellten Kollegen, sie haben zudem weder Pensionsansprüche, noch sind sie versichert, und sie ermöglichen dadurch den Minengesellschaften hohe Kostenersparnisse.

Lebens- und Arbeitsbedingungen

»Der Weg in die Minen ist für die jungen Männer in Matsekheng (Lesoto) so etwas wie eine Initiation – der Übergang zur Männlichkeit. Sie haben gesehen, wie ihre Väter und Großväter vor ihnen während des Bergbaubooms nach Südafrika gegangen sind, um in den Minen zu arbeiten. Deshalb glauben einige immer noch, dass es zur Männlichkeit gehört, in den Minen zu arbeiten, auch wenn die Arbeitsplätze dort im Laufe der Jahre rar geworden sind. Die Arbeit als illegaler Minenarbeiter hat etwas Geheimnisvolles. Diejenigen, die dort waren, erzählen Außenstehenden nicht, was dort passiert«, beschreibt der Vater eines verunglückten Bergarbeiters.

Warum lässt sich jemand auf dieses Arbeitsverhältnis ein? Oder, wie verzweifelt müssen Menschen sein, um so zu enden?

»In vielen Fällen werden junge Männer in diese Minen gelockt und wenn sie dort ankommen, stellen sie fest, dass es anders ist, als man ihnen gesagt hat, und dass sie Opfer von Menschenhandel geworden sind. Außerdem bekommen sie für ihre harte Arbeit nur sehr wenig, nämlich nur zehn Prozent des Gewinns«, erklärt Stadtrat Lehlohonolo aus Bela Bela, wo im Mai 2023 Methangas in einem Lüftungsschacht einer stillgelegten Goldmine explodierte und über 30 Bergleute starben.

Die hohe Arbeitslosigkeit sowohl in Südafrika als auch in den Nachbarländern – Simbabwes formale Wirtschaft etwa ist in den letzten Jahren komplett zusammengebrochen – ist nicht zuletzt auf die vielen Minenschließungen zurückzuführen. Insgesamt hat sich der Markt für ungelernte Arbeiter:innen enorm verkleinert. Gleichzeitig sind die Versprechungen aus 30 Jahren Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und neuen Arbeits(schutz) gesetzen nicht umfänglich eingelöst worden.

Überdeutlich wurde dies 2012, als 3.000 Bergleute im Platingürtel in Südafrika für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie angemessene Löhne streikten. Der Streik wurde von der Polizei niedergeschlagen: Bei dem »Massaker von Marikana« wurden 44 Arbeiter getötet und über hundert verletzt.[5]

Jerome Matsinhy aus Mosambik[6] berichtet: »Ich bekam 1988 einen Vertrag für die Arbeit in der Grootvlei Mine. Aber dann wurde sie 2010 geschlossen.« Diejenigen, die offizielle Papiere haben, leben von staatlichen Zuschüssen – entweder vom Kindergeld oder der Rente. Andere jedoch, die höchstens mit einer auf die Arbeit in einer Mine beschränkten Arbeitserlaubnis nach Südafrika kamen, müssen alternative Wege finden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Und so nehmen sie große Risiken in Kauf, um zu überleben: »If we fear being buried alive, we won't eat.«

Gegraben wird unter Tage oft mit bloßen Händen. Die Bedingungen in den verlassenen Minen sind lebensgefährlich. Es ist dunkel, viele Bereiche sind eingestürzt oder überflutet, Steinschlag ist an der Tagesordnung, und die Temperaturen übersteigen 40 Grad Celsius. Die Luftfeuchtigkeit ist erstickend und es gibt giftige Gase wie Kohlenmonoxid und Methan. Einige Schächte führen mehr als zwei Kilometer senkrecht in die Tiefe und münden auf verschiedenen Ebenen in die nicht gewarteten Stollen.

Das Waschen und Zerkleinern an der Oberfläche wird häufig von Frauen übernommen. Die Verarbeitung findet in Siedlungen ohne staatliche Infrastruktur statt, die meist auf verlassenen Minengeländen liegen. Bei der Amalgamierung und Gewinnung von Gold etwa setzen sie sich und ihr Umfeld Quecksilber und giftigen Gasen aus.

Langsames Sterben in Stilfontein

Stilfontein wurde 1949 als Schlafstadt für drei große Goldminen gegründet: die Minen Hartebeesfontein, Buffelsfontein und Stilfontein. Im März 2005 kam es aufgrund des Bergbaus zu einem Erdbeben, bei dem Gebäude in der Stadt beschädigt wurden, ein Jahr später wurden bei einem Brand in der Mine Buffelsfontein acht Bergleute unter Tage eingeschlossen.

Heute dient allein der Transportaufzug am Margaret-Schacht als Pumpstation für das Grundwasser, das die noch vorhandenen Minen in der Umgebung überschwemmt. Der Margaret-Schacht ist über ein Tunnellabyrinth mit weit entfernten, verlassenen Schächten verbunden, in denen Survival Miners nach Gold schürfen.

Seit Ende September 2024 haben Polizei und Militär die von den Goldsyndikaten genutzten Zugänge für die Lieferung von Vorräten unter Tage geschlossen, um die Survival Miners an die Oberfläche zu zwingen. Die landesweite Aktion gegen den unregulierten Bergbau trägt den Namen »Vala Umgodi« (Schließ das Loch). Niemand weiß mit Sicherheit, wie viele Menschen sich in den Tunneln befinden, die ein zusammenhängendes Labyrinth von Hunderten, vielleicht Tausenden von Kilometern bilden und einige der tiefsten Minenschächte der Welt umgeben. In den ersten zwei Wochen der Aktion kamen in Stilfontein fast 1.200 Bergleute in zerfledderter und tropfnasser Kleidung aus dem Schacht und wurden festgenommen. Vielen von ihnen droht die Abschiebung in ihre Herkunftsländer.

Es gibt keine offizielle Karte dieses weitläufigen unterirdischen Systems, das über Jahrzehnte hinweg von verschiedenen Bergbauunternehmen angelegt wurde, die die Minen im Zuge der Erschließung der Goldreserven gegenseitig kauften und verkauften. Selbst die Sicherheitsbeamten in der Region, die mit der Bewachung der wenigen in Betrieb befindlichen Minen betraut sind, wissen nicht genau, wie die Schächte miteinander verbun-

den sind. Viele der Männer waren bereits stark dehydriert und vor Hunger geschwächt, als sie den Aufzug erreichten.

Die stillgelegte Buffelsfontein-Mine, zehn Kilometer südlich vom Margaret-Schacht, wurde 2013 geschlossen und im Jahr darauf abgerissen; die Zugänge wurden verschlossen, obwohl dort noch immer schätzungsweise 11,8 Millionen Unzen Gold lagern. Der industrielle Abbau in der Tiefe ist enorm teuer, und ein Großteil des Goldes war ohne erhebliche weitere Investitionen nicht zugänglich – außer für Menschen, die bereit sind, das Risiko auf sich zu nehmen. Die ehemaligen

Arbeiter der geschlossenen Minen wussten, welche Teile der alten Minen reich an Gold waren. Sie sprengten die Zugänge auf und seilten sich ab. Offizielle Behörden ließen sie gewähren. Ende September 2024, als ihre Vorräte aufgrund der Polizeiaktion zur Neige gingen, versammelten sie sich tief in einem der Schächte von Buffelsfontein, einem offenen Loch mit steilen Betonwänden, die mehr als zwei Kilometer senkrecht in die Tiefe führen. Einige von ihnen versuchten, zu Fuß zum Margaret-Schacht zu gelangen, kehrten aber nach zwei Tagen um, weil ein mit Wasser gefluteter Abschnitt den Weg versperrte. Sie warteten in der Dunkelheit, aßen Zahnpasta und tranken verseuchtes Grundwasser, weil ihnen die Lebensmittel ausgegangen waren. Viele der Männer leiden an chronischen Krankheiten wie Diabetes, TB, Staublunge oder HIV/Aids – und hätten normalerweise Medikamente zu stark überhöhten Preisen von dem Syndikat kaufen können, das den Schacht kontrolliert. Die Versorgung der Arbeiter unter Tage scheint ebenso lukrativ zu sein wie der unregulierte Handel mit Gold selbst.

Immer wieder kommt es in Stilfontein zu Unruhen, weil freiwillige Hilfsaktionen von der Polizei verhindert werden, weil keiner die Verantwortung für die in den Tunneln verbliebenen Bergleute, geschweige denn die Kosten für Ihre Rettung übernehmen will.

Laut Aussagen des Krisenkomitees, das sich aus Verantwortlichen der örtlichen Gemeinde, Bergbauorganisationen und Menschenrechtsaktivist:innen zusammensetzt, ist es den Bergleuten aufgrund des Nahrungsmangels und ihres Gesundheitszustands nicht möglich, sich selbst zu befreien. Im Gegensatz dazu stehen die Behauptungen der Regierung, die Bergleute könnten sich freiwillig befreien, wollten sich aber der Verhaftung und den strafrechtlichen Konsequenzen entziehen. Überlebende berichten von blockierten Ausgängen, fehlenden Hilfsgütern und verzweifelten Bitten der Bergleute um Rettung.

Ende Dezember 2024 reichte die Organisation Mining Affected Communities United in Action (Macua) mit Unterstützung von Lawyers for Human Rights (LHR) einen Eilantrag beim Verfassungsgericht ein, um den Staat zu zwingen, seiner verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen. »Macua möchte noch einmal betonen, dass umso mehr Menschen sterben werden, je mehr der Staat sich seinen verfassungsmäßigen Verpflichtungen zur Rettung der eingeschlossenen Bergleute entzieht. Jüngste Berichte aus dem Bergwerk zeigen, dass in der Zeit zwischen unserer letzten Berufung und unserer Klage vor dem Verfassungsgericht noch mehr Menschen gestorben sind. Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass jetzt entschiedene Maßnahmen ergriffen werden müssen«, sagte deren Sprecher Magnificent Mndebele.[7]

Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Fazit

Es sind immer die Ärmsten der Armen, die darunter leiden, wenn Politik versagt. Gerade Menschen in Südafrika, die seit 30 Jahren ihre politischen Geschicke durch demokratische Wahlen selbst in der Hand zu haben glauben, die die politische Apartheid überwunden haben, stecken nach wie vor in den sozio-ökonomischen Folgen des neoliberalen Ausbeutungssystems fest. Kein Industriezweig zeigt dies deutlicher als der Bergbau.

Dabei wären hier durchaus Chancen und Potential für selbständige Tätigkeiten, die Stärkung regionaler Handwerksbetriebe und Kleingewerbetreibende zu finden, die in der Entwicklung marginalisierter und vernachlässigter Gegenden münden könnten, was die Lieferketten aufzeigen. Gleichzeitig würde eine Regulierung des Sektors organisierter Kriminalität und Steuerhinterziehung einen Riegel vorschieben.

Am Ende ihrer Studie spricht BMF Empfehlungen aus, die die Situation von Survival Miners dauerhaft verbessern könnte. Dazu gehört, dass die Regierung sicherstellt, dass aufgegebene oder erschöpfte Minen ordnungsgemäß geschlossen werden und stillgelegte Minen daraufhin überprüft werden, ob sie für das Survival Mining geeignet sind. Die selbständigen Bergleute sollten ermutigt werden, lebensfähige Geschäftseinheiten zu gründen und eine zentrale Einkaufsagentur einzurichten. Lokale Kommunen könnten Versorgungsketten für die Bergleute einrichten. Außerdem muss die Regierung und die zuständigen Ministerien sicherstellen, dass entlassene und pensionierte Minenarbeiter alle ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Und gefährliche Bergbaupraktiken müssen sowohl im formellen als auch im informellen Sektor unter Strafe gestellt und verfolgt werden.

Es bedarf also zunächst vor allem einer systematischen Implementierung bereits bestehender Gesetzte und den politischen Willen dazu, nicht nur Mittel für die Strafverfolgung der kleinen, kriminalisierten Survival Miners bereitzustellen, sondern auch die großen Minenkonzerne finanziell in die Verantwortung zu nehmen, damit Ereignisse wie das Massaker von Marikana oder die derzeitige dramatische Situation in Stilfontein nicht straflos bleiben und den echten Opfern Gerechtigkeit widerfahren kann.

»In Anbetracht dieser Umstände betont die [Südafrikanische Menschenrechts-]Kommission und erinnert alle Parteien daran, dass eine verantwortungsvolle und reaktionsfähige Führung in dieser Zeit von entscheidender Bedeutung ist. Die Kommission verurteilt zwar Kriminalität und unterstützt rechtmäßige Maßnahmen zur Bekämpfung solchen Verhaltens, betont jedoch, dass jedes Vorgehen den Menschenrechtsgrundsätzen und den verfassungsrechtlichen Geboten entsprechen muss, einschließlich des Schutzes des Lebens, der Menschenwürde, der Vermeidung unmenschlicher Behandlung und des Grundsatzes der Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Schuld.«[8]

* *Simone Knapp ist Referentin der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA (www.kasa.de).*

Anmekerungen:

1 *https://www.statista.com/statistics/1296024/number-of-informal-sector-employees-in-south-africa/*
2 *https://taz.de/Tausende-Arbeiter-versteckt-in-Tunneln/!6049528/*
3 *https://www.bench-marks.org.za/wp-content/uploads/2024/02/Survival-mining-26Jan24.pdf Wir verwenden aus Mangel einer guten deutschen Übersetzung den englischen Begriff survival miners.*
4 *Anstatt illegal verwenden wir den Begriff undokumentiert, wie etwa die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« vorschlägt.*
5 *https://www.kasa.de/service/ausstellungen/detail-ausstellungen/wir-werden-uns-gehoer-verschaffen-die-witwen-von-marikana-kaempfen-fuer-gerechtigkeit/*
6 *https://mg.co.za/article/2016-09-09-00-aurora-zama-zamas-out-of-options-to-find-other-ways-to-make-a-living/*
7 *https://www.dailymaverick.co.za/article/2025-01-01-stilfontein-committee-claims-police-are-deliberately-misleading-the-public-on-illegal-miners/*
8 *The South African Human Rights Commission (SAHRC/Commission), Stellungnahme vom 15. November 2024*

Dringliches

Arbeitswelt zwischen Fremdbestimmung und demokratischer Praxis

Eine politische Herausforderung

Berufliche Entfremdung, Ungleichheiten und Fremdbestimmung prägen nicht nur den Arbeitsalltag, sondern beeinflussen auch gesellschaftliche Entwicklungen wie populistische Anfälligkeit und wechselhaftes Wahlverhalten. Eine Kluft zwischen gesetzlichen Mitwirkungsrechten und individueller Fremdbestimmung wird sichtbar – verstärkt durch Plattformökonomien, ungleiche Arbeitsbedingungen und abnehmende Tarifbindung. Die Konferenz beleuchtet den Zusammenhang zwischen Arbeitswelten und Demokratie: Wie reagieren Betriebe und Betriebsräte auf diese Herausforderungen und auf Demokratieverachtung in den eigenen Reihen?

Wann: *Donnerstag, 13. Februar 2025, 09:00 bis 17:00 Uhr*
Wo: *Palais Esplanade, Esplanade 15, 20354 Hamburg*
Veranstalter:innen: *Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg*
Weitere Informationen: *https://www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/arbeitswelt-zwischen-fremdbestimmung-und-demokratischer-praxis-eine-politische-herausforderung-1/*
Kosten: *20 Euro*
Anmeldung: *unter Angabe einer Rechnungsadresse und eines bevorzugten Workshops bzw. einer Ersatzwahl bis zum 31. Januar 2025 per Mail an hamburg@akademie.nordkirche.de*

Verlag Westfälisches Dampfboot

Dominik Feldmann / Steffen Pelzel / Jana Sämann
Kampffeld politische Bildung
Zur Analyse und Kritik aktueller Versuche von Einhegung, Einebnung und Begrenzung
Herausgegeben im Auftrag der AkG
2024 – 214 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-131-5
Für Bibliotheken auch als Ebook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-172-5

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

ila
Das Lateinamerika-Magazin

Unterstützt unabhängigen Journalismus zu Lateinamerika!

Seit mehr als 47 Jahren bringt die ila kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Abonniert uns, spendet & erzählt von uns!

Aktuelle Ausgaben unter:
www.ila-web.de
Social Media und weitere Infos unter:
@ila_bonn

iz3w ◀

Trotz alledem – Kritischer Journalismus

Außerdem:
Graue Wölfe | Tourismus in Tansania | Koloniales Bremen

52 Seiten, € 7,–

www.iz3w.org

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Zeit ist Geld?

Leichte Lösungen für schwere Probleme – von der Initiative demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA)

Wir dokumentieren hier einen Beitrag der IDA, der als Konzept für die Überwindung der viel zitierten »multiplen Krise« gelesen werden kann – und es zu einer gewissen Prominenz in gesellschafts- und kapitalismuskritischen Zusammenhängen gebracht hat: ein Neuanlauf zur Belebung der Arbeitszeitrechnung, deren Vorläufer die IDA in der rätekommunistischen Gruppierung um Pannekoek u.a. sieht, der tatsächlich jedoch auch schon bei den Frühsozialisten im 19. Jahrhundert diskutiert wurde und zuletzt vor dem Hintergrund der digitalen Revolution als Sozialismus 2.0 eine Fülle an IT-gestützten Arbeitszeit- und Planwirtschaftsmodellen gebar. Sie alle verstehen sich als Beiträge zur Überwindung bisheriger planwirtschaftlicher Systeme und als konkrete, im Sinne von machbaren Utopien für eine nicht- oder nachkapitalistische Gesellschaft.

Es ist unübersehbar, dass sich die Linke in weiten Teilen der Welt in einer tiefen Krise befindet. Obwohl die Dynamik des Kapitals die Welt immer schneller an den Rand des Abgrunds drängt, wurde eine überzeugende Alternative zum Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten nicht entwickelt.

Viele der Alternativmodelle kranken aus unserer Sicht daran, dass sie a) staatsfixiert bleiben, b) den Kapitalismus nicht überwinden oder c) zu komplex sind. Insbesondere der letzte Punkt wird häufig unterschätzt. Aus unserer Sicht muss ein wirtschaftliches Prinzip leicht zu verstehen und umzusetzen sein, wenn es nicht zu Bürokratismus, Dirigismus und Elitismus führen soll. Dieser Text plädiert deshalb für die Arbeitszeitrechnung als eine überraschend simple Methode einer dezentralen Planwirtschaft.

Dieses System könnte die Grundlage für eine kommunistische Wirtschaftsvision bilden, die auf der Linken lange gefehlt hat. Es plädiert für Vergesellschaftung, Arbeiter:innenräte und Genossenschaften. Dabei liegt der Fokus auf gleicher Vergütung für alle Arbeit und der Abschaffung von Ausbeutung, Klassenstrukturen, Ungleichheiten und Hierarchien.

Zur Aktualität der Arbeitszeitrechnung

Die Theorie der Arbeitszeitrechnung entstand in der Rätebewegung der 1910er und 1920er Jahre und wurde zuerst 1930 im Buch »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung« dargelegt.[1] Bevor man sie vorschnell als »veraltet« zu den Akten legt, sollte man bedenken, dass diese Theorie vielleicht der einzige historisch nicht kompromittierte Versuch ist, die Marxsche Theorie konsequent zu verwirklichen. Sie hat im Sozialismus des 20. Jahrhunderts leider kaum eine Rolle gespielt.

Wie die meisten Sozialismustheorien geht sie vom gemeinschaftlichen Besitz an Produktionsmitteln aus, doch Arbeiter:innenkontrolle und Selbstverwaltung sind ihr keine äußerlichen Zutaten, sondern unverzichtbare Voraussetzungen. Sie fordert, dass die Arbeiter:innen ihren Betrieb tatsächlich kontrollieren, über ihn verfügen und für ihn verantwortlich sind und nicht bloß formal über Staatseigentum daran beteiligt sind. Vorausgesetzt ist also, dass die Produktionsmittel in relevanten Branchen unter die Kontrolle von Arbeiter:innenräten gelangen, um eine Selbstverwaltung der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die spontane Bildung von Arbeiter:innenräten erfolgte in vielen revolutionären Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, beispielsweise in Russland 1917, Deutschland-Österreich-Ungarn 1918/1919 oder Spanien 1936. Auch nach dem zweiten Weltkrieg ereigneten sich viele massenhaften Aneignungen durch Fabrikräte, etwa in Frankreich 1968, Portugal 1974 oder Argentinien 2001. Der Rätegedanke zeigte sich auch danach in Form von Platzbesetzungen, Fabrikübernahmen und in Kollektivbetrieben lebendig.

Ein einfaches Prinzip

Wir als Initiative demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA) streiten für diese Theorie nun seit etwa drei Jahren in Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Artikeln und sind dabei in unterschiedlichsten politischen Kontexten auf viel Resonanz gestoßen. Im Sommer 2023 entspann sich zum Beispiel eine acht Ausgaben andauernde Debatte in der *Jungle World*.[2] Insbesondere nach Vorträgen bemerken wir, dass diese Theorie wie kaum eine andere in der Lage ist, Diskussionen anzuregen. Der Grund liegt vermutlich darin, dass sie sehr konkret ist und ihre Grundprinzipien relativ einfach zu verstehen sind.

Die Grundprinzipien bestehen im Wesentlichen aus dezentraler, betrieblicher Planung einerseits und zentraler Veröffentlichung dieser Pläne andererseits. Genauer gesagt sind die Betriebe angehalten, ihre Pläne zu veröffentlichen, in denen sie die Arbeitszeit notieren, die sie für die Herstellung eines bestimmten Produktes benötigen. Im Gegenzug erhalten sie eine entsprechende Anzahl von Arbeitszeit zertifikaten, mit denen sie Produkte anderer Betriebe konsumieren können. Jede geplante Arbeitsstunde in der Produktion, unabhängig von ihrem konkreten Inhalt, entspricht somit einer Stunde im Konsum. Jede Stunde zählt gleich.

Marx drückte diese Idee in der Kritik des Gothaer Programms so aus: »Er [der Produzent] erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.« (MEW Bd. 19, S. 20 – siehe dazu die abschließende redaktionelle Anmerkung auf S. 13)

Erweiterungen des Prinzips

Aus diesem sehr simplen Prinzip lassen sich einige Erweiterungen ableiten. Wir wollen vier herausgreifen.

Erstens gibt es natürlich Produkte und Dienstleistungen, für deren Konsum keine Arbeitszertifikate notwendig sein sollen. Man denke an Nahverkehr, Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit, Bildung – eben das, was

Marx in dem obigen Zitat »gemeinschaftliche Fonds« nannte. Um den öffentlichen Sektor, der solche Produkte bereitstellt, auszustatten, werden nicht alle Arbeitszertifikate an die Produzent:innen zum privaten Konsum ausgegeben, sondern teilweise zurückbehalten. Die Höhe dieses Abzugs wird berechnet, indem die Größe des öffentlichen Sektors zur Gesamtwirtschaft ins Verhältnis gesetzt wird. Im Endeffekt erhalten Arbeiter:innen pro gearbeitete Stunde beispielsweise nur noch 0,8 Stunden Zertifikat für den privaten Konsum. 0,2 Stunden fließen in den öffentlichen Sektor.

Zweitens gibt es eigentlich zwei Arten von Arbeitszertifikaten: für den privaten Konsum, die z.B. an Arbeiter:innen, Student:innen, Rentner:innen oder Arbeitsunfähige gehen, und für den produktiven Konsum, die ausschließlich auf Konten der Betriebe existieren. Wenn Betriebe Pläne schreiben, unterscheiden sie deshalb zwischen der im Betrieb geleisteten lebendigen Arbeit, die Zertifikate für den privaten Konsum einbringt, und der in den verwendeten Produktionsmitteln steckenden Arbeit, für die sie einen Arbeitszeit-Kredit erhalten.

Im Grunde kann man die betrieblichen Pläne als ein Produktionsversprechen an die Gesellschaft verstehen, wofür die Betriebe von der Gesellschaft ein Guthaben an Stunden erhalten, um die nötigen Produktionsmittel zu beziehen und die Arbeiter:innen mit Zertifikaten zu vergüten.

Drittens wird die Gesellschaft, um die Einhaltung dieses Produktionsversprechen zu überprüfen und um Verschwendung und Missbrauch zu verhindern, voraussichtlich ein Interesse an Plankontrolle haben. Diese Plankontrolle darf aber nicht zu Willkür und Bürokratismus führen. Deshalb müssen Plangenehmigungen nach allgemeinen und gleichen Regeln ablaufen. Ob ein Betrieb in der Vergangenheit gut geplant hat, sollte dabei ein wichtiges Kriterium sein, denn nur durch gute Planung kann Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht gehalten werden.

Viertens gehen wir schließlich davon aus, dass selbstverwaltete Betriebe zur Kooperation neigen und sich in Branchenverbänden oder Gilden zusammenschließen. In diesen Branchenverbänden werden Durchschnittsarbeitszeiten von Produkten berechnet. Konsument:innen bezahlen somit also einen »Durchschnittspreis«.

Arbeitszeitrechnung und Freiheit

Die erwähnte Öffentlichkeit der Konten und Pläne sowie die allgemeinen Regeln der Plankontrolle bieten Schutz vor Willkür und haben einige weitreichende Implikationen für den freiheitlichen Charakter der Arbeitszeitrechnung: Da mit den Kontenbewegungen die tatsächliche Nachfrage nach Produkten transparent vorliegt, bräuchte es gute, außerhalb der Arbeitszeitrechnung selbst liegende Gründe, um einen Plan abzulehnen, dessen Produkt wie geplant produziert und nachgefragt wurde. Zeitungsredaktionen, Druckereien und Papierhersteller sind beispielsweise nicht von Regierungszuweisungen abhängig, sondern nur von der Nachfrage. Die wirklichen Bedürfnisse der Menschen sind ausschlaggebend dafür, was produziert (und publiziert) wird.

Schließlich wollen wir darauf aufmerksam machen, dass die Arbeitszeitrechnung als Theorie bewusst nur ökonomische Grundprinzipien formuliert. Sie vermeidet das »Auspinseln« der Zukunft und das Vorschreiben konkreter Verfahren aus politischen Beweggründen. Die tatsächlichen Assoziationen müssen auf Basis lokaler Begebenheiten entscheiden, welche Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird oder wie streng die Plankontrolle gehandhabt wird.

Die Rolle der Gewerkschaften

Manche Mitglieder unseres Kollektivs sind Mitglieder von DGB-Gewerkschaften, andere der FAU, andere gehören keiner Gewerkschaft an. Manche waren Betriebsräte. Wir arbeiten in der Pflegebranche, der IT, Gastronomie, Wissenschaft oder als Selbstständige. Aus unserer Sicht schlägt dieses Modell vor, wofür Gewerkschaften seit jeher kämpfen oder kämpfen sollten: Arbeiter:innenkontrolle in den Betrieben und Durchsetzung »guter Arbeit«; gesellschaftlicher Einheitslohn und Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, betrieblicher Funktion, Herkunft oder Branche; Abschaffung der Konkurrenz und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; ein gut ausgestatteter öffentlicher

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit **24 Seiten** Berichten und Analysen zum **alltäglichen kapitalistischen Irrsinn** und den Perspektiven linker Opposition

In der Ausgabe Februar 2025 u. a.:

►**Rassismus in Deutschland** und in Europa – nicht nur ein Problem der AfD

►Der aufhaltsame Aufstieg der **extremen Rechten** in Europa

►Kahlschlag im **Gesundheitswesen** – aber kriegstüchtig soll es werden

►Wie weiter mit der **Umweltbewegung?**

►**Bundestagswahl:** Haustürwahlkampf – ein Erfahrungsbericht

►**Rojava:** Die kurdische Selbstbestimmung hängt am seidenen Faden

►**500 Jahre** deutscher **Bauernkrieg**

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag

Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Telefon (02 21) 9 23 11 96
redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

Sektor; kürzere Arbeitstage; bessere Produkte; Ende der strukturellen Arbeitslosigkeit und des Wachstumszwangs; vollkommene Transparenz der Lieferketten; effektive Steuerung der Wirtschaft gegen die ökologische Katastrophe.

Wenn wir in diesem Text von »der Gesellschaft« sprechen, die Entscheidungen trifft, dann meinen wir damit vor allem politische und ökonomische Räte. Die Vertretungen der Arbeiter:innen, mit imperativem Mandat ausgestattet, spielen darin eine zentrale Rolle. Eine Debatte über die Zukunft muss deshalb besonders in Gewerkschaften und Betrieben geführt werden. Wir laden Gewerkschaftsaktive, Betriebsräte, einfache Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige herzlich dazu ein.

Wolfgang Schaumberg ist nur zuzustimmen, wenn er unter der Überschrift »Die Zeit erobern« schon vor vielen Jahren schrieb: »Wir können und müssen in unseren Debatten die Wut darüber schüren, dass ein menschenwürdiger Umgang mit der Zeit bei der Herstellung von Produkten wie Dienstleistungen unter kapitalistischen Bedingungen einfach unmöglich ist.«[3]

Anmerkungen:

1 *Gruppe Internationaler Kommunisten (2020): Grundprinzipien kommunistische Produktion und Verteilung, Red & Black Books.*
2 *Initiative demokratische Arbeitszeitrechnung (2023): Diskobroschüre. Dokumentation einer Debatte über demokratische Arbeitszeitrechnung, Berlin. Download und Bestellmöglichkeiten unter: https://arbeitszeit.noblogs.org/publikationen/*
3 *Wolfgang Schaumberg (2006): Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision, Reihe Ränkeschmiede, Nr. 16, Frankfurt a.M. Download unter: https://www.express-afp.info/raenkeschmiede/; als Broschüre bestellbar über die Redaktion des* express.

Anmerkung aus der Redaktion

So sympathisch der Versuch einer radikal verstandenen Kritik an kapitalistischer Vergesellschaftung und die Suche nach Alternativen ist: Es stellt sich die Frage, ob mit dem o.g. Zitat aus der Kritik des Gothaer Programms nicht zumindest die Perspektiven einer Emanzipation von Entfremdung verfehlt werden. Seine »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei« hatte Marx im Vorfeld des Vereinigungsparteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zunächst intern für einen kleinen Kreis verfasst; sie wurden erst posthum veröffentlicht. Liest man das Zitat vollständig, kritisiert Marx hier (und nicht nur hier, sondern auch in seiner Proudhon-Kritik) die Arbeitszeitrechnung als ein in bürgerlichen Rechtsformen und Gleichheitsvorstellungen befangenes Konzept, als Gleichmacherei des Ungleichen, das ungleiche Begabung und Leistungsfähigkeit als »natürliche« Unterschiede voraussetzt, bestätigt und zugleich durch den Maßstab der einfachen Arbeitszeit negiert – und gerade nicht als allseitige Entwicklung des Menschen in seinen Verkehrsformen und als Freiheit des Einzelnen, die Voraussetzung der Freiheit aller sei. Wir dokumentieren deshalb das Zitat im Original:

»Trotz dieses Fortschritts ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter] als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehn; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedne Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z.B. im gegebnen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.« *(KH)*

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Widersprüche
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Heft 174
Rechte Sozialpolitik in Europa
2024 – 140 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-014-8

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

»links« lebt!
Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de

links netz

Chemische Industrie im deutschen Faschismus und I.G. Auschwitz

Eine Erinnerung von Wolfgang Hien*, Teil 2

In Teil 1 dieses Artikels widmete sich Wolfgang Hien der autoritär-hierarchischen Struktur der deutschen chemischen Industrie, die sich nach der Gründung der I.G. Farbenindustrie 1925 zunehmend verfestigte und damit kompatibel wurde für die faschistische Betriebsorganisation. Während des Krieges arbeiteten in den Werken der I.G. Farben – I.G. Auschwitz noch nicht mitgerechnet – mindestens 100.000 Zwangsarbeiter:innen, das war die Hälfte der Gesamtbelegschaft. Mindestens 20.000 der Verschleppten und Versklavten kamen – im alten Reichsgebiet – zu Tode. Im April 1941 begann auf dem Großgelände des KZ Auschwitz der Bau einer Chemiefabrik der I.G. Farben: I.G. Auschwitz. Für die Bauarbeiten gab es einen durchschnittlichen Arbeiterbestand von etwa 10.000 KZ-Häftlingen, hinzugezogen wurden bis Ende 1944 mehr als 30.000 Häftlinge. Mindestens 25.000 von ihnen kamen durch Entkräftung, Prügel oder Erschießung zu Tode. Im vorliegenden zweiten Teil des Artikels zeichnet der Autor die konkrete Tätigkeit der I.G. Auschwitz-Verantwortlichen und deren Kooperation mit der SS in den Lagern nach und geht den politischen und moralischen Spuren nach, die diese Schreckenszeit hinterlassen hat.

Das Chemiewerk I.G. Auschwitz: Ausbeutung und Vernichtung

Die geographische und funktionsmäßige Aufteilung des Lagerkomplexes Auschwitz gliederte sich in drei Bereiche: das Stammlager (Auschwitz I), das Vernichtungslager Birkenau (Auschwitz II) und das Arbeitslager Buna/Monowitz (Auschwitz III). 1941 fuhren die für die Errichtung der Chemieanlagen abgestellten KZ-Häftlinge – die Sklavenarbeiter:innen der I.G. Farben – mit einem Zug und Viehwaggons vom Stammlager zum sechs Kilometer entfernten Monowitz, wo das Buna-Werk aufgebaut wurde, ab Oktober 1942 waren die Häftlinge im neuen Lager Monowitz untergebracht. Auch in Monowitz gab es Lagerärzte, die – zusammen mit SS-Leuten – Selektionen vornahmen: Wer nicht mehr arbeitsfähig erschien, wurde ausgesondert und in das Vernichtungslager Birkenau verbracht. Viele Erschöpfte, die als »Muselmänner« bezeichnet wurden, starben schon in Monowitz oder wurden schlicht von der SS erschossen. Die »Belegschaft« der I.G. Auschwitz lässt sich in etwa wie folgt unterteilen, wobei dies aufgrund der lückenhaften Quellen nur grobe Schätzungen sind: 500 Ingenieure von Baufirmen, teilweise aus Ludwigshafen, 700 Chemiker, Meister und Vorarbeiter aus Ludwigshafen, 300 Vertreter des Werkschutzes, bewaffnet, 1.000 italienische Fremdarbeiter, 7.000 bis 11.000 KZ-Häftlinge, 90 Prozent von ihnen waren Juden und Jüdinnen. Funktionsposten wie z.B. die Kapos – aus dem Italienischen »Capo« für Anführer – wurden prinzipiell nur an »arische« Arbeiter vergeben. In den Buna-Werken schafften es überwiegend Angehörige kommunistischer oder nationalistisch-polnischer Untergrundgruppen, die Kapo-Position zu erringen. Jüdische Menschen, die keiner dieser Gruppen angehörten, hatten wenig Chancen zu überleben. Grundsätzlich hatten Vorarbeiter und Werkschützer der I.G. Farben die Kommandogewalt über die Kapos und damit über die Sklavenarbeiter:innen als Ganzes. Die I.G.-Meister und Vorarbeiter arbeiteten Hand in Hand mit der SS und gebärdeten sich in ihren Gewaltausbrüchen gegenüber den Sklavenarbeiter:innen zuweilen als den Nazi-Schergen ebenbürtig.

KZ-Häftlinge waren billige, sehr billige, Arbeitskräfte, die zwar rasch zu Tode gearbeitet waren, für die es aber – so kalkulierten die Chemie-Manager – immerwährenden »Nachschub« gab. Die I.G. bezahlte für einen Häftling einen Tagessatz von drei Reichsmark, das war weniger als die Hälfte des damals üblichen Arbeiterlohns.

Karrieren und Kontinuitäten

Carl Krauch gehörte seit Mitte der 1930er Jahre zur Elite der nationalsozialistischen Wirtschaft. 1938 wurde er zum Wehrwirtschaftsführer ernannt; 1940 übernahm er zugleich den Vorsitz des Aufsichtsrates der I.G. Farben. Er vereinte auf sich eine Vielzahl von Positionen und Ämtern in Wissenschaft und Forschung. Er teilte die Visionen einer Weltherrschaft des germanischen Herrenmenschen. Skrupel kannte er nicht. Krauch wurde 1948 in einer Folgeverhandlung des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses wegen Versklavung von KZ-Häftlingen zu sechs Jahren Haft im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg verurteilt, jedoch bereits 1950 wieder freigelassen. Einer weiteren beruflichen Wirkung stand nichts mehr im Weg. So wurde er unter anderem Aufsichtsratsmitglied der Chemischen Werke Hüls. Otto Ambros, ebenfalls Vorstandsmitglied der I.G. Farben und eben-

falls Wehrwirtschaftsführer, tat sich besonders im Bereich der chemischen Kampfstoffe und der Giftgasproduktion hervor. Ambros forcierte den rücksichtslosen Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen. Im Kriegsverbrecherprozess wurde er zu acht Jahren Haft verurteilt, wovon er nur drei Jahre verbüßen musste. Danach, 1952, übernahm er eine ganze Reihe von Aufsichtsratsposten in der chemischen Industrie und betätigte sich als Unternehmensberater – auch in US-amerikanischen Firmen. Er beriet auch Bundeskanzler Konrad Adenauer in Wirtschaftsfragen. Ambros war an der Entwicklung und Verbreitung des massiv schädigenden Schlafmittels Contergan beteiligt. Auch er gehört zu den Nazis, die sich keiner Schuld bewusst waren.

Ausdrücklich zu erwähnen ist auch Dr. Walter Dürrfeld, während der 1930er Jahre Chemiker im Werk Leuna und ab 1941 einer der Betriebsführer im Werk Auschwitz. Bernd Wagner kommt in seiner Studie zu dem Schluss, dass sich Dürrfeld in besonderer Weise zum Werkzeug und Komplizen der SS gemacht habe:

»Insbesondere die verstärkte Disziplinierung, die systematische Überwachung und der für Tausende tödliche Austausch entkräfteter gegen ›neue‹ Häftlinge gehen auf die persönliche Intervention Dürrfelds zurück. Dabei lässt sich eine mit der Zeit zunehmende Skrupellosigkeit im Umgang mit den Häftlingen feststellen. Das Vorbild der massenhaften Ermordung von Juden in Sichtweite des Werksgeländes, die trotz aller Gegenmaßnahmen mangelhafte Arbeitsproduktivität und die sich gegen Deutschland wendende Kriegslage ließen seine Anweisungen immer radikaler werden.«[1]

Dürrfeld wurde 1947 in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu acht Jahren Haft verurteilt, aber bereits nach kurzer Zeit wieder entlassen. Er konnte seine Karriere als Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Chemiebetrieben fortsetzen. Seine Argumentation im Entschädigungsprozess, den 1952 der ehemalige Zwangsarbeiter Norbert Wollheim gegen die I.G. Farben anstrengte, war zugleich legitimatorisch und hinsichtlich der brutal-autoritären Struktur der Chemieindustrie klar und aufdeckend. Die Anklage konnte durch Zeugenaussagen belegen, dass Arbeitstempo und Arbeitsintensität im I.G.-Farben-Werk Auschwitz-Monowitz nicht von der SS bestimmt wurden, sondern von den Verantwortlichen der I.G. Farben vor Ort, und dies in einer ganz besonders brutalen Art und Weise. Das wurde von Dürrfeld, der hier in der Funktion eines Zeugen der beklagten I.G. Farben auftrat, gar nicht bestritten.

Dürrfeld begründete diese Härte damit, »dass ihm sehr viel minderwertige Menschen [gebracht wurden]. Man macht sich oft keine Vorstellung davon, was für Menschen hier hingebracht worden sind. Es waren da sozusagen berufsmäßige Bummelanten und Simulanten darunter.« Dürrfeld verwies auf die langjährigen Erfahrungen, über die er im Umgang mit Häftlingen inzwischen verfügte: »Das ist eben die Folgeerscheinung davon, wenn so viele Menschen auf einmal, ohne große Auslese, an eine Stelle hin verwiesen werden. Sie haben den natürlichen Auslese-prozess eines alten Werkes, das seit 10 und 20 Jahren besteht, noch nicht durchgemacht.«[2]

Hier begegnen uns, unbeirrt von menschenrechtlichen Postulaten des bundesdeutschen Grundgesetzes, nach wie vor zentrale Ideologeme der faschistisch-nationalsozialistischen Zeit: Minderwertigkeit, Bummelanten, Simulanten, Auslese. Es wird unverblümt auf die »Ausleseprozesse eines alten Werkes« verwiesen. Wer die Arbeit nicht schafft, die dafür nötige Konstitution nicht hat und krank wird, geht zugrunde oder wird durch Betriebsärzte für »untauglich« erklärt.

Dokumentation und wissenschaftliche Aufarbeitung

Die Verbrechen der I.G. Farben im deutschen Faschismus sind vielfältig, doch I.G. Auschwitz nimmt hierunter eine einzigartige Stellung ein. Der damals größte Chemiekonzern der Welt kooperierte mit dem Nationalsozialismus aufs engste. Ausbeutung der Arbeiter:innen und Vernichtung durch Arbeit gingen Hand in Hand. Lange war – zu diesem Thema – für mich Primo Levi die wichtigste Quelle, seine in deutscher Übersetzung 1961 in Frankfurt am Main erschienenen Erinnerungen »Ist das ein Mensch?« Lange auch ließen detaillierte historische Forschungen zur Verquickung der I.G. Farben mit dem spezifisch deutschen Faschismus, zu dessen expliziten Zielen die Vernichtung der Jüdinnen und Juden weltweit zählte, auf sich warten. Zögerlich seit Mitte der 1980er Jahre und verstärkt seit der Jahrtausendwende mehren sich die einschlägigen Untersuchungen. Zu nennen sind etwa der von der Hamburger Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik um Karl Heinz Roth bearbeitete Omgus-Report der US-Militärregierung (1986 in der »Anderen Bibliothek« von Enzensberger erschienen) und weitere verdienstvolle Studien von Karl Heinz Roth, die auf der Homepage des Wollheim-Memorials zu finden sind.[3] Die 2008 (!) errichtete Gedenkstätte in der Nähe des ehemaligen I.G.-Farben-Hauses (heute »Campus Westend« der Goethe-Uni) ist benannt nach Norbert Wollheim, einem ehemaligen KZ-Häftling, der auch im Buna-Werk Monowitz Zwangsarbeit leisten musste. Im Rahmen der Entwicklung des Wollheim-Memorials wurden mit mehreren ehemaligen Zwangsarbeitern von I.G. Auschwitz hochgradig beeindruckende und berührende Interviews durchgeführt, die auf der Wollheim-Homepage abgerufen werden können.

Der Auschwitz-Historiker Bernd Wagner bezweifelt zwar die Wirtschaftlichkeit des I.G.-Auschwitz-Unternehmens, kommt jedoch nicht umhin, folgende Schlussfolgerung zu ziehen:

»Das Konzentrationslager Monowitz war der erste Versuch, das Streben der IG nach billigen und rücksichtslos einzusetzenden Arbeitskräften mit den Anstrengungen der SS, die Juden als Hauptgegner der Nationalsozialisten zu ermorden, in einem gemeinsamen Unternehmen zu kombinieren.«[4]

Zwar stimmt immer noch der Satz Horkheimers, dass, wer vom Kapitalismus nicht reden will, vom Faschismus schweigen sollte. Doch zugleich muss die Singularität, die den deutschen von allen anderen Faschismen unterscheidet, betont werden: das Ziel der systematischen, industriell geplanten und durchgeführten Judenvernichtung, dessen »Endziel« nur aufgrund der Befreiung durch die Alliierten verhindert werden konnte.

Meine heute wichtigste Quelle ist das Buch von Rudolf Vrba: »Ich kann nicht vergeben.« Die englische Erstauflage erschien 1963, eine erste deutsche Übersetzung erschien 1964, fand aber keine große Verbreitung. 2010 kam in Frankfurt am Main eine Neuübersetzung heraus.[5] Vrbas Erinnerungen sind sehr detailliert und zeichnen insbesondere die soziomentale und sozioemotionale Atmosphäre auf dem I.G.-Auschwitz-Gelände nach – ein Aspekt, der den durch das juristische Netz gesiebten Archivmaterialien zumeist fehlt. Der Autor dieses wichtigen Buches hieß ursprünglich Walter Rosenberg und entstammte einer jüdischen Familie in der Slowakei. Er schloss sich schon als Jugendlicher dem antifaschistischen Widerstand an. Vrba kam im Juni 1942 nach Auschwitz, zwei Jahre früher als Levi. Im gleichen Jahr wurde er für etwa fünf Wochen für die Arbeit auf dem I.G.-Auschwitz-Gelände abkommandiert. 1943/44 organisierte er kleine Widerstandsaktionen und bereitete, zusammen mit weiteren Häftlingen, einen Ausbruch vor, der ihm zusammen mit Alfred Wetzler im April 1944 auch gelang.

Rosenberg und Wetzler schrieben noch im gleichen Monat einen 30seitigen Bericht über die Mordfabrik Auschwitz, den sie den slowakischen und ungarischen Judenräten zuspielten – dieser Bericht sollte später unter dem Titel »Auschwitz-Protokolle« bekannt werden. Rosenberg, der sich nach seiner Flucht aus Auschwitz in Rudolf Vrba umbenannte, musste jedoch feststellen, dass die Judenräte die Informationen nur zögerlich weiterleiteten. Sie verhielten sich unterwürfig gegenüber den Nazis. Vrba ist der Auffassung, dass mehrere hunderttausend ungarische Jüdinnen und Juden hätten gerettet werden können, wenn sein Bericht sogleich weitergeleitet worden wäre. Vrba zog 1946 nach Prag, wo er Chemie studierte und danach auf diesem Gebiet auch forschte. Seine späteren Lebens- und Wirkungsorte waren England, Israel, USA und Kanada, wo er sich 1967 niederließ; er lehrte ab 1976 an der Universität Vancouver Chemie und Pharmakologie. Neben seiner beruflichen Tätigkeit kämpfte Vrba Zeit seines Lebens gegen das Vergessen des NS-Terrors. Anzumerken ist: Vrba hatte es auch innerhalb des israelischen Kulturraumes schwer, akzeptiert zu werden. Erst 1998 wurden seine Erinnerungen ins Hebräische übersetzt.

Ich möchte aus Vrbas Buch eine Passage zitieren, die einen plastischen Einblick in das Geschehen auf dem I.G.-Auschwitz-Gelände im Jahr 1942 gewährt. Vrba schildert seine ersten Eindrücke von der Buna-Fabrik, nachdem der Zug vom Stammlager in Monowitz angekommen war:

»Dann erblickte ich unseren Arbeitsplatz: Holzstapel, Betonmischmaschinen, alles was man zum Bauen brauchte. Halbfertige Gebäude erhoben sich gen Himmel, und überall rannten Hunderte von Männern, angetrieben vom Gebrüll der Vorarbeiter, wie Ameisen hin und her. Selbst aus der Entfernung war es grauenhaft anzusehen, doch erst beim Näherkommen offenbarte sich mir das gesamte Bild mit all seinen fürchterlichen Einzelheiten. Rennende, fallende Männer wurden getreten und erschossen. Mit irrem Blick schlugen sich Kapos einen blutigen Pfad durch das Gewimmel der Häftlinge, SS-Männer schossen aus der Hüfte wie Filmcowboys, die in einen grotesken, nicht enden wollenden Horrorstreifen geraten waren. Und in grausigem Widersinn zu dem Chaos bahnten sich Gruppen ruhiger Männer in untadeliger Zivilkleidung einen Weg durch die Leichen, die sie keines Blickes würdigten, maßen mit leuchtend gelben Zollstöcken Bauholz ab und machten sich, absolut gleichgültig gegenüber dem Blutbad rings um sie herum, fein säuberlich Aufzeichnungen in ledergebundenen schwarzen Notizbüchern. Mit denen, die hier arbeiten mussten, sprachen die Herren in den dezenten grauen Anzügen nie. Auch nicht mit den Kapos und niederen SS-Chargen. Wenn sie allerdings hin und wieder einem ranghohen SS-Mann ein paar Worte ins Ohr sagten, erfolgte ein neuer Gewaltausbruch. Dann trat der Uniformierte brutal nach einem Kapo und brüllte: ›Mach den Schweinen Beine, du fauler Hund! Weiß du nicht, dass die Wand um elf Uhr hochgezogen sein muss?‹ Woraufhin der Kapo sich wieder aufrappelte, sich seinerseits auf die Häftlinge stützte und auf sie eindrosch. Schneller, schneller, schneller! In Buna gab es nur zwei Arten von Arbeitern: die Schnellen und die Toten. (…) Dass nur wenige Häftlinge im Buna-Kommando mehr als ein, höchstens zwei Monate überlebten, scherte weder Höß noch die Direktoren der I.G. Farben, denn es gab ja stets andere, die noch ein wenig Fleisch auf den Knochen hatten und sie ersetzten.«[6]

Zwischen 1945 und 1952 wurden die I.G. Farben seitens der Besatzungsmächte schrittweise entflochten und in ihre ursprünglichen Teilbetriebe zurückgeführt. 1952 trat die I.G. Farben in Liquidation. Erst 2012 erfolgte die Löschung aus dem Handelsregister. Den Entschädigungsforderungen überlebender Sklavenarbeiter des Buna-Werkes wurde teilweise entsprochen, doch waren die Vertreter:innen der politischen und wirtschaftlichen Elite der Bundesrepublik immer darum bemüht, Entschädigungen als freiwillige Zahlen zu deklarieren, womit zugleich den Zwangsarbeiter:innen der Status als Rechtsbürger:innen abgesprochen wurde. Bis heute versucht sich die Chemieindustrie als nicht verantwortlich für ihre Verbrechen darzustellen. Gleichwohl bemühen sich inzwischen unternehmenseigene Historiker:innen um eine etwas veränderte Blickrichtung, die das strukturelle Verbrechen I.G. Auschwitz nicht mehr leugnet.

** Wolfgang Hien ist Arbeits- und Gesundheitswissenschaftler und lebt in Bremen, kontakt@wolfgang-hien.de*

Redaktioneller Hinweis: Die Wanderausstellung »Die I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz. Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus« des Fritz-Bauer-Instituts ist seit dem 7. Januar bis Mitte März in der Europäischen Tagungs- und Bildungsstätte Bonn des Gustav-Stresemann-Instituts zu sehen. Informationen unter www.fritz-bauer-institut.de und www.gsi-bonn.de.

Anmerkungen:

1 *Bernd C. Wagner: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941–1945. Saur: München 2000, S. 291.*
2 *Zit. nach: Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste: Ausarbeitung Walter Dürrfeld. WD 1 – 3000 – 044/09. Berlin 2009.*
3 *http://www.wollheim-memorial.de/de/ig_farben*
4 *Wagner 2000, a.a.O., S. 206.*
5 *Rudolf Vrba: Ich kann nicht vergeben. Meine Flucht aus Auschwitz. Schöffling und Co Verlagsbuchhandlung, München 2010.*
6 *Ebd., S. 189f. und S. 205.*

Wir müssen über die Katastrophe reden!

Eine Überlegung zum globalisierten Rechtsautoritarismus – von Slave Cubela*

Der Siegeszug des rechten Autoritarismus scheint unaufhaltbar. Italien, Frankreich, Thüringen, Sachsen, Argentinien, USA, Österreich – wo man nur hinschaut, nähert sich die Rechte den Zentren der Macht oder hat sie bereits erobert. Was dabei ins Auge sticht, ist der globale Charakter der rechtsautoritären Politerfolge. Es scheint, als ob über viele Länder und soziale Klassen hinweg etwas die Menschen ›magisch‹ auf die autoritäre Rechte zutreibt, und ein Ende dieses Prozesses ist zum Leidwesen der Linken nicht in Sicht.

Dieses globale Etwas kennt sicherlich viele Facetten. Die internationale Medienberichterstattung sorgt für Nachahmeffekte. Die autoritäre Rechte ist global bestens vernetzt. Zudem können wir in einer globalisierten Welt davon ausgehen, dass in vielen Ländern zeitgleich zumindest ähnliche soziale Entwicklungen den Humus für den Aufstieg der autoritären Rechte bereitstellen. Aber ein Aspekt, dessen Bedeutung sich kaum sofort erschließt, ist in meinen Augen besonders bemerkenswert: Der weltgesellschaftliche Siegeszug der autoritären Rechten ist ein bizarrer, globaler Siegeszug des Irrsinns. Damit meine ich nicht nur, dass fast unabhängig von Kulturen und geschichtlichen Erfahrungen selbst in klassischen Arme-Leute-Ländern mit einer langen und leidvollen Migrationsgeschichte wie Irland oder Italien eine Wiederkehr von Rassismus, Migrationsfeindlichkeit und Sozialdarwinismus festzustellen ist. Überall auf der Welt finden sich im Umfeld der autoritären Rechten finstere Verschwörungserzählungen, Leugnungen des wissenschaftlich nachweisbaren Klimawandels, Hass auf die offizielle Anti-Covid-Politik, Umvolkungs- und Kulturkampfphantasien aller Art, Manipulationsvorwürfe gegen die sog. »Lügenpresse«, Endzeitvorstellungen usw.

Damit nun diese Analyse nicht oberflächlich bleibt, ist es wichtig, die eigentliche Bedeutung des Wortes Irrsinn als irrenden Sinn hervorzuheben und für das Verständnis hier im Hinterkopf zu behalten. Dementsprechend offenbart sich im rechten Irr-Sinn also ein zutiefst erschüttertes Weltverhältnis, in dem diese Welt jeden vertrauten Charakter eingebüßt hat. Stattdessen scheint die Welt für immer mehr Menschen einen unheimlich-kafkaesken Charakter zu bekommen. Sie gleicht einem Labyrinth, bei dem hinter jeder Ecke bedrohliche Fremdheit, skrupellose Strippenzieher und seltsame Zeichen und Erscheinungen warten. Und entsprechend stellt sich die Frage, warum die Welt für eine wachsende Zahl ihrer Bevölkerung einem unheimlichen und ungeheuerlichen Ort gleicht, dessen Logik die Menschen mit gängigen Erkenntnismustern nicht mehr beikommen.

Die Antwort muss man nun allerdings keineswegs komplizierter gemacht werden, als sie womöglich ist. Denn leben wir nicht schon seit geraumer Zeit in einer Welt, die Naomi Klein schon vor Jahren treffend als »Katastrophen-Kapitalismus« bezeichnete? Einer Welt, die immer weniger zu dem Optimismus passt, der in ihr nach 1989 verbreitet wurde? Einer Welt also, in der immer sinnfälliger wird, dass Wohlstand für viele unerreichbar bleiben wird, während die wenigen, die in Reichtum leben, damit die Grundlagen menschlichen Lebens überhaupt zerstören? Dazu passt im Übrigen nicht nur, dass bereits viele Menschen von kleinen und großen Katastrophen betroffen waren. Blickt ein Mitglied der Weltgesellschaft wie der Autor dieses Textes nur überflugartig auf die Schlagzeilen der digital allgegenwärtigen Medien, dann müssen diese fast jeden Menschen zutiefst beunruhigen. Man liest, dass der Dritte Weltkrieg schon begonnen habe. Fast monatlich gibt es irgendwo eine Jahrhundertflut oder ein Jahrhundertfeuer zu vermelden. Die Meere sind überfischt, voller Plastik und zu warm. Irgendwo da draußen wartet schon der nächste Virus auf uns. Zollkriege nehmen an Schärfe zu. Immer obszöner inszeniert sich der Reichtum der alten und neuen Oligarchen. Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz scheint zudem eine endgültig verheerende Technikentwicklung loszutreten. Was zum Teufel also ist hier los? Was ist das für eine Welt?

Man wird jetzt einwenden können, so leicht verständlich die globale Katastrophen-Angst angesichts dieser Bilder- und Nachrichtenwalze auch sein mag, warum mündet sie aber derart unaufhaltsam in rechten Irr-Sinn, warum kann sie nicht anderen, emanzipativen Zwecken dienen? Um darauf eine Antwort zu finden, braucht es einen kleinen, gedanklichen Umweg. Schaut man sich die gegenwärtige Praxis des politischen Mainstreams an, dann tut dieser das scheinbar einzig Richtige: Er versucht Ruhe auszustrahlen mit dem Hinweis darauf, dass die Lage trotz Polykrise im Griff ist. Niemand sollte sich Sorgen machen. Gemeinsam und mit einem Ruck schaffen wir das. Mit sozialer Kompromiss-Politik und ein wenig staatlicher Intervention ist ein Green New Deal bald erreicht. Man solle die Technikentwicklung nicht unterschätzen, sie liefere uns jetzt schon Lösungen für unsere ökologischen Probleme und jeden Tag kämen neue, noch bessere Innovationen dazu. Die Klima-Proteste der jungen Menschen seien angesichts ihrer biographischen Unerfahrenheit verständlich, aber sie sollten doch bitte den Berufsverkehr nicht stören. Es gelte also, Hoffnung zu haben, denn auch in der Vergangenheit habe man solche Krisen bewältigt.

Und so weiter und so gut, möchte man meinen. Schließlich hatte schon Freud darauf hingewiesen, dass Angstzustände zwar wichtig sind, weil sie auf Gefahren hinweisen, dass Ängste aber gleichzeitig problematisch sind, weil sie zugleich rationale, kluge Gefahrenlösungen erschweren. Doch schauen wir etwas genauer hin: Das, was als Politik der beruhigenden Hand so geboten scheint, könnte man zugleich als Tabuisierungspraxis interpretieren, also als den Versuch, das Reden über die Welt-Katastrophe subtil zu unterbinden. Oder genauer formuliert: Wenn man ängstlichen und verunsicherten Menschen gegenübertritt, um ihnen Hoffnung zuzusprechen, dann braucht das besonderes Geschick. Sehr leicht nämlich kann der Hinweis auf die Unbegründetheit der Angst als schulmeisterlich, ja sogar als arrogant erscheinen. Diese Gefahr ist umso größer, wenn es sich um massive, soziale Ängste handelt, auf die dann neoliberale Politik-Technokraten qua Medien mit abstrakten Zahlen und leeren Formelsätzen reagieren, wie dies leider gegenwärtig genau der Fall ist. Wie kann man sich dann wundern, dass bei genügend Menschen aus Welt-Angst schnell Welt-Wut wird? Ist es nicht folgerichtig, dass diese Individuen den Eindruck haben müssen, sie würden auch in dieser beängstigenden Notsituation erneut, wie in den langen Jahrzehnten des Neoliberalismus, abgekanzelt und zum Schweigen gebracht? There is no Alternative, sogar jetzt, wo ihre Welt stirbt?

Doch nicht nur der politische Mainstream scheint Wut zu ernten, wo er Hoffnung säen will. Der politischen Linken geht es ähnlich. Zum einen schlicht deshalb, weil viele Linke dem politischen Mainstream mit dessen Vorstellung eines Green New Deal und seiner Beruhigungsrhetorik nahestehen. Zum anderen aber, weil die linken Strömungen, die die drohende ökologische Katastrophe ansprechen und diese durch Aktionen ins Bewusstsein zu heben suchen, auch überwiegend besserwisserisch auftreten. Aber womöglich ist das Problem unserer Zeit weniger ein Wissens- oder Bewusstseinsproblem. Womöglich verdrängen die Leute den Zustand der Welt keineswegs, wie viele Klima-Linke meinen. Oder glaubt diese Linke wirklich, dass die Mehrzahl der Menschen nicht weiß oder nicht zumindest ahnt, dass diese Welt kaum mehr Zeit hat? Und braucht es eine besondere soziale Intelligenz, um zu verstehen, dass das Problem womöglich das Reden über diese katastrophische Ahnung ist? Weil dieses Reden eben tabuisiert ist. Weil man das Reden über das drohende Weltende – ein alles andere als leichtes Thema – nirgendwo lernen oder üben kann. Weil dieses Reden besonders schmerzt, gerade wenn man über Jahre hinweg konform gelebt hat. Weil viele Menschen nicht über Zeit oder jene Lesekompetenzen verfügen, um sich einen wissenschaftlichen Reim auf diese komplex-katastrophische Welt zu machen. Weil es in einer vereinsamenden Gesellschaft kaum soziale Orte gibt, wo man offen über die eigenen dunklen Ahnungen reden kann. Weil man gerade bei der Selbstaufklärung im Internet einen Informationsdschungel betritt, in welchem Wahrheit und Lüge nur einen Scroll entfernt sind.

Und beachten wir zum Schluss, welches Alleinstellungsmerkmal die autoritäre Rechte hat. Sie ist der einzige Teil des politischen Spektrums, der den irr-sinnigen Ängsten der Menschen konsequent eine Anlaufstelle bietet, indem die Rechte diese Ängste nicht herunterspielt oder gar aburteilt. Im Gegenteil, sie ruft den Menschen zu: »Gut, dass du deren Spiel nicht mitspielst und für dich denkst. Und glaub uns: die Dinge sind noch viel verrückter, als du denkst. Sie glauben, sie können mit uns alles machen, diese Bande steckt unter einer Decke. Aber wir werden das ändern. Schnell. Radikal. Und so, dass dieser Spuk bald ein Ende hat. So, dass alles bald wieder normal ist!« Ein emotionaler Hafen also, in dem irr-sinnige Menschen so sein können, wie sie sind. Und in welchem ihnen obendrauf noch die Herstellung einer radikal neuen Ordnung, bei der dann doch alles so bleibt, wie es ist, versprochen wird – das ist fürwahr ein verführerisches politisches Angebot, und man beginnt zu ahnen, warum es global immer mehr punktet.

Dieses verführerische Alleinstellungsangebot der extremen Rechten ist allerdings keineswegs unangreifbar. Zunächst einmal könnte es erschüttert werden, wenn demokratische Parteien oder Gewerkschaften begännen, hinter dem rechten Irr-Sinn eine berechtigte katastrophische Weltangst anzuerkennen und diese nicht abzuwerten. Des Weiteren bräuchte es kommunikative Orte und Praxen, die sprachliche Zugänge zu dieser Weltangst gemeinsam möglich werden lassen und in denen Funktionär:innen oder andere Politprofis nicht dominieren. Gelänge es dann noch, diese Wortergreifungspraxis durch neue demokratische Teilhabepraxen zu vertiefen, damit aus den Worten auch etwas folgt, dann könnte man der Rechten womöglich einigen Wind aus ihren Segeln nehmen. Wenn aber dieses katastrophische Reden weiterhin überwiegend irr-sinnig im Umfeld rechtsautoritärer Parteien verbleibt, dann könnte vor unseren Augen gerade die perfekte politische Jahrhundertflut entstehen: eine Weltgesellschaft der vereinzelten, ängstlichen und irr-sinnigen Individuen in einer katastrophischen Welt.

** Slave Cubela ist Mitarbeiter einer großen deutschen Gewerkschaft.*

PatientInnen-Daten
BAYER will Einsicht
Topthema im neuen Magazin
www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination
STICHWORT BAYER Konzernkritik konkret.
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Hol dir das analyse & kritik Vorteilsabo!
nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen
Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!

Nachruf auf Egon Becker

Ein verlässlicher Genosse bei den Naturfreunden, der undogmatischen Linken und dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

Der am 2. November 1936 geborene Egon Becker ist überraschend am 15. November 2024 verstorben. Egon entstammt einer Naturfreundefamilie und war zuletzt bei den Naturfreunden Oberursel im Landesverband Hessen zuhause. Nach wissenschaftlichen Stationen an Hochschulen in Darmstadt, den USA, Mexiko und Brasilien lehrte er bis zu seiner Emeritierung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Egon Becker war von 1963 bis 1966 Redaktionsmitglied von *Wir sind jung*, einem Schulungsheft der Bundesjugendleitung für die Kinder- und Jugendarbeit der Naturfreunde. Zur Schriftleitung gehörte auch der Genosse Klaus Vack von den Naturfreunden Offenbach. In den 1960er Jahren wurde Egon Becker ehrenamtlicher Bildungsreferent der Hessischen Naturfreundejugend und engagierte sich in der Landesjugendleitung Hessen.

Vor seinem akademischen Weg machte Egon Becker eine Ausbildung als Elektriker in Zweibrücken, um später Nachrichtentechnik an der Staatlichen Ingenieurschule Darmstadt zu studieren. In Darmstadt nahm Egon Quartier im Naturfreundehaus am Riedberg in Darmstadt-Eberstadt. Nach dem Studium der Mathematik und Physik sowie der Politikwissenschaft und Philosophie an der Technischen Hochschule Darmstadt studierte er parallel als Gasthörer Philosophie und Soziologie an der Universität Frankfurt a.M.. Egon Becker wurde Vorsitzender der Hochschulassistentenkonferenz und geriet in Konflikt mit seinem Physik-Ordinarius, der ihn rauswerfen wollte. Ludwig von Friedeburg, damaliger Kultusminister, verhalf ihm dann zu einer Assistenten-Stelle außerhalb der Physik und von dieser wurde er 1972 auf eine Professorenstelle übergeleitet.

Seit Anfang der 1970er Jahre war er als Mitglied der Hochschulassistentenkonferenz am Aufbau und der Gründung der Universität Bremen beteiligt. Später war Egon als Professor und Dekan am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. und bis zur Emeritierung 2000 in der Wissenschafts- und Hochschulforschung aktiv.

Als Naturfreund und Sozialist war Egon Becker bereits in den 1960er Jahren in der Ostermarschbewegung engagiert. Hier traf er mit Joan Baez und Wolfgang Neuss beim Ostermarsch 1966 zusammen. Egon schrieb dazu in der Naturfreundezeitung *Wir sind jung* 4/1964: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht, wo er zur Warnung vor dem Krieg ausführte: »Gewiss – Abrüstung und Entspannung sind die einzigen Auswege aus der permanenten Kriegsgefahr.« Egon zitierte dazu Dennis Hills (nach der NS-Repression emigrierter deutscher Neuropathologe in den USA): Momentan ist vielleicht die Möglichkeit eines bewusst ausgelösten Krieges nicht so groß wie die eines zufälligen Hineinschlitterns. Aber die Voraussetzungen des Zufalls sind nicht zufälliger Natur, sondern planmäßig und bewusst organisiert.

Der Zerfall der Studentenbewegung führte ihn mit vielen anderen der Ostermarschbewegung 1969 zur Gründung der *links* und des Sozialistischen Büros. Der undogmatische Politikansatz, der Bezug zur gesellschaftlichen Realität und der Traum von einem Sozialismus mit menschlichem Angesicht bestimmten sein Denken. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht lassen grüßen.

So waren zum Abschied viele gekommen; seine Familie, Freundinnen und Freunde, ehemalige Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen.

Irmgard Schultz, die Egon von den Naturfreunden her kannte und seine Kollegin am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) war, schilderte in ihrer Trauerrede am 9. Dezember 2024 ihre persönlichen Begegnungen. »Er besaß eine einnehmende Autorität, eine Autorität, die nachfragte, die zum Selberdenken anregte, die dem Gegenüber abverlangte, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Eine solche Autorität konnte ich auch in der antiautoritären Zeit annehmen. Ich habe mit Gewinn buchstäblich bis zum letzten Tag seines Lebens von ihm gelernt. (…) Und ja: wir hatten auch Auseinandersetzungen. Ich verstand beispielsweise manchmal nicht, warum er feministische Theorieansätze nicht aufnahm, die mir für unsere Arbeit wichtig erschienen. Aber immer fühlte ich mich ernst genommen, gefordert, manchmal auch überfordert. Theoretische Neugier und die Lust am Denken sind mir vor allem dank Egon nie erloschen.« In seinem letzten Text »Hydro-Wissen« sieht sie ein »unabgeschlossenes theoretisches Vermächtnis: Bausteine für das Erarbeiten neuer theoretische Ansätze«.

Thomas Kluge, ebenfalls Mitbegründer des ISOE, stellte in seiner Würdigung sein theoretisches Wissen heraus, das sich nicht in der »wissenschaftlichen Begleitung grüner Politik« erschöpfte. Für ihn ging es um »die Vision von der Sozialen Ökologie als einer neuen kritischen Wissenschaft und die Idee, dafür einen geeigneten Ort zu schaffen.«

Mit Thomas Jahn, Irmgard Schultz, Thomas Kluge und Engelbert Schramm gründete Egon 1989 das Institut für sozial-ökologische Forschung. Welche theoretischen Ansätze der Philosophie, der Physik, der kritischen Theorie Egon zusammendachte, darauf wies Thomas Kluge in seiner Trauerrede immer wieder hin. Er sah die methodischen und wissenschaftlichen Brüche, die mit der Trennung von Natur und Gesellschaft verbunden sind. »Eine Gesellschaft ohne Natur – wie eben auch eine Natur ohne Gesellschaft ist nicht mehr denkbar.«

Beide, Irmgard Schultz und Thomas Kluge, stellten immer wieder seine Verdienste als Wissenschaftler heraus, der die Soziale Ökologie als neuen Wissenschaftstyp maßgeblich angestoßen hat.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 suchte Egon Becker als ehemaliger Friedensaktivist erneut das Gespräch mit den Naturfreunden Hessen. Egon gab dazu als Zeitzeuge am 12. Juli 2022 ein Kultur-und Demokratieinterview, das bei den Naturfreunden Hessen bestellt werden kann (info@naturfreunde-hessen.de). Dabei ging es um die Bedrohungen zwischen Krieg und Frieden, Egons Bezugsdatum war das Plädoyer der Antimilitaristischen Aktion von 1957, die u.a. mit den Naturfreunden einen Erinnerungstag zum 1. September als Tag des Überfalls auf Polen und nach dem Sieg über den Militarismus forderte. Zuvor war 1956 die Wehrpflicht für deutsche Männer durchgesetzt worden.

Egon Becker nahm Stellung gegen die Wiederbewaffnung und die Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes in Ost und West. Er war streitbar für die Utopie einer friedlichen, demokratischen, gerechten und freien Gesellschaft. Diese Überzeugung leitete seine Suche nach einem theoretisch fundierten Verständnis von Gesellschaft und Natur. Zu seinem 80. Geburtstag sagte er: »Was sich in Richtung dieser Utopie bewegte, das war für mich fortschrittlich – und der Name dieser Utopie war trotz mancher Vorbehalte Sozialismus.« Dem Vermächtnis bleiben wir treu.

Günter Pabst
und Manfred Wittmeier

Neuerscheinung des Sozialistischen Büros

Dokumentation zu Oskar Negt

Anlässlich des Symposiums »Arbeit, Demokratie und menschliche Würde« hat das Institut für Sozialfoschung eine Dokumentationsbroschüre herausgegeben, die die Traueranzeigen, Nachrufe und die Redebeiträge der Trauerfeier für Oskar Negt enthält. Daneben enthält die Dokumentation einige zentrale Beiträge Oskar Negts selber (Rede zum Angela-Davis-Kongress, 1972; »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren«, 1972 u.a.), Beiträge zu Oskar Negt von engen Freunden sowie das posthum im *express* 3/2024 erschienene Interview. Die Dokumentation wurde von Günter Pabst, ehemaliger Sekretär des Sozialistischen Büros, zusammengestellt.

Die Broschüre kann zum Preis von 5,– € plus Versandkosten (3,– €) käuflich erworben werden.

Bezug:
express / AFP e. V.
Niddastraße 64, VH, 4. OG
60329 Frankfurt am Main
Email: express-afp@online.de

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Heiner Dribbusch:* »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000 – Daten, Ereignisse, Analysen«. VSA-Verlag: Hamburg 2023.
- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Slave Cubela:* »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Förderabonnement (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN: 0343–5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Union Druckerei, Berlin